

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 337 · 28. JAHRGANG · AUSGABE 10/2023 VOM 20. OKTOBER 2023 · 1 EURO

4 | Clara-Zetkin-Siedlung
als eigener Ortsteil

Zuspruch für Bürgermeister-Vorschlag

6 | Wahlkampfauftakt mit
Gesundheits-Volksinitiative

Zentralversammlung von BVB/FW

14 | Tag der offenen Tür
in den Oberbarnimschulen

Genau wie bei Lorient!

Keine Gnade für Hamas-Terroristen



FOTO: SCREENSHOT

»WIR WERDEN DEN
NAHEN OSTEN
VERÄNDERN.
WAS DIE HAMAS
ERLEBEN WIRD,
WIRD HART UND
FURCHTBAR SEIN...
WIR SIND
ERST AM ANFANG.«

(BENJAMIN NETANJAHU,
israelischer Ministerpräsident)

Chinas Außenminister Wang Yi zur Ursache des Palästina-Konflikts:

»Historische Ungerechtigkeit« gegenüber Palästinensern

Bundesaußenministerin ANNALENA BAERBOCK hielt sich am 13. Oktober für einige Stunden in Israel auf. »Wir sind alle Israelis in diesen Tagen«, erklärte sie gewohnt pathetisch und versicherte dem Staat an der Ostküste des Mittelmeers »die volle Unterstützung Deutschlands«. Israel habe »das Recht - nein, die Pflicht, seine Staatsangehörigen zu befreien«, sagte sie. Zu den Methoden - Bombardierung von Wohngebieten unter Einsatz von weißem Phosphor und der Totalblockade des von 2,4 Millionen Menschen bewohnten Gaza-Streifens - äußerte sich Baerbock nicht.

Hierzu hatte sogar der sonst als radikaler Bellizist bekannte EU-Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik JOSEF BORREL bereits am 11. Oktober festgestellt: »Israel handelt gegen das Völkerrecht«. Gegenüber der US-Zeitung Politico gab Borell zu Protokoll, daß »das Recht auf Selbstverteidigung ... im Rahmen des Völkerrechts ausgeübt werden« muß. Maßnahmen »wie die Unterbrechung der Wasserversorgung, der Stromzufuhr oder der Versorgung einer großen Zahl von Zivilisten mit Lebensmitteln, verstoßen gegen das Völkerrecht«, weiß der EU-Politiker. Die »feministische Völkerrechtlerin« Baerbock weiß das offenbar nicht.

Am 13. Oktober bezeichnete Borrell auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit Chinas Außenminister Wang Yi, die israelische Anforderung an mehr als eine Million Palästinenser, innerhalb von 24 Stunden Nord-Gaza zu verlassen, als »unrealistisch«. Borrells Gesprächspartner sieht die Ursache des Konflikts zwischen Israel und der Hamas in der »historischen Ungerechtigkeit« gegenüber den Palästi-

nenser. »Die Wurzel dieses Problems liegt in der langen Verzögerung bei der Verwirklichung des palästinensischen Strebens nach einem unabhängigen Staat und in der Tatsache, daß die historische Ungerechtigkeit, die das palästinensische Volk erlitten hat, nicht korrigiert wurde«, sagte Wang Yi vor Reportern in Peking. (gm)

Gottes Zorn spielen?

Nun ist es also das Wetter in Israel¹. Welche Ausreden finden sich noch? Präsident Biden drängt auf Einhaltung der Kriegsregeln? Derweilen sterben die Gazabewohner wie die Fliegen an Wassermangel, wie praktisch. Rache ohne einen Finger krumm zu machen. Unter Geleitschutz der Amis. RT schrieb heute unter Berufung auf den US-Journalisten Seymour Hersh², daß Netanjahu höchstpersönlich die Hamas hochgepöppelt hat, vor Jahren, weil ihm die Palästinensische Autonomiebehörde nicht paßte. Nun das Ergebnis. Wie weit darf Rache gehen? Ein Volk auslöschen? Gottes Zorn spielen? Das steht einem nicht zu, auch nicht Israel, dem auserwählten Volk. Derweil lenkt das alles von der Ukraine ab, wie praktisch, weil dort gar nichts mehr für den Westen läuft. Für zwei Brennpunkte ist die ARD nicht geschaffen. Das überfordert Macher und Zuschauer. Also laßt uns die Ukraine schnell vergessen. Dort ist sowieso alles korrupt ...

JÜRGEN GRAMZOW
(Anmerkungen auf Seite 2)

Vernichtungskrieg

Nach monatelangen Provokationen der israelischen Regierung unter dem rechten Hardliner Benjamin Netanjahu griffen am 7. Oktober die al-Qassam-Brigaden der im Gaza-Streifen regierenden Hamas in bisher nie dagewesener Intensität das israelische Staatsgebiet mit Raketen an, durchbrachen mit Luftlande-(!) und Bodentruppen die massiven Befestigungsanlagen an der Grenze, eroberten einen Militärstützpunkt und brachten zeitweise ein Gebiet unter ihre Kontrolle, das mindestens so groß war, wie der Gaza-Streifen selbst. Die Angreifer, so hieß es, waren selbst überrascht von der Effektivität, mit der sie das als unüberwindlich geltende israelische Verteidigungs- und Sicherheitssystem durchbrachen.

Dem Angriff fielen rund 300 israelischen Soldaten zum Opfer aber auch über Tausend Zivilisten. Die Horrorgeschichte von den »vierzig enthaupeten Babys« stellte sich schnell als Falschmeldung heraus. Dennoch schockierte die Brutalität gegen israelische Zivilisten, die der jahrzehntelange Staatsterror Israels gegen die Palästinenser möglicherweise erklärbar, aber gewiß nicht entschuldbar macht.

Noch weniger entschuldbar ist die israelische Reaktion: totaler Krieg und Blockade gegen die palästinensische Bevölkerung, gegen 2,4 Millionen Menschen, die in dem schmalen Küstenstreifen zusammengedrängt leben, die von Lebensmitteln, Wasser und humanitären Hilfsleistungen abgeschnitten werden, die im Bombenhagel zur Flucht gezwungen werden.

Die brutale israelische Reaktion ist auch nicht erklärbar – zumindest nicht aus den Massakern an israelischen Zivilisten. Allerdings spielt die Entwicklung der israelische Regierung mittelbar in die Hände. Mit einem Schlag wurde Netanjahu seine innenpolitischen Probleme los und zugleich konnten die Ultras ihren lang gehegten Vernichtungsphantasien gegenüber dem palästinensischen Volk nun auch verbal ungehemmten Lauf lassen.

Das Opferverhältnis der israelisch-arabischen Kriege zumindest der jüngeren Vergangenheit lagen regelmäßig etwa zwischen 1:50 und 1:100. Bis jetzt sollen 1.300 Israelis umgekommen sein. Zu befürchten ist, daß das Netanjahu-Regime nicht eher aufhört, bis das »gewohnte« Verhältnis erreicht wird – das wären 50.000 bis 100.000 tote Palästinenser.

Und die BRD erklärt ihre »uneingeschränkte Solidarität« mit der Mörderbande, die in Israel an der Macht ist.

Hier wäre eher Sarah Wagenknecht zu folgen: »Wir brauchen eine gerechte Friedenslösung, eine Zwei-Staaten-Lösung, einen gerechten Frieden, mit dem alle Seiten leben können. Durch eine Eskalierung des Krieges, durch eine ... Bodenoffensive fürchte ich, wird sich das Problem nicht lösen lassen.«

GERD MARKMANN

Gemeinnützig gegen Pressewüste

Die Inhalte des Koalitionsvertrag zur Sicherung der freien Presse in Deutschland müssen umgesetzt werden. Führende Vertreter von SPD, Grünen und CDU forderten jüngst beim Bundeskongreß des Bundesverbandes Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) unter anderem die Prüfung der Zustellförderung für Regionalzeitungen.

Das FORUM GEMEINNÜTZIGER JOURNALISMUS E.V. teilt die Sorgen um guten Journalismus vor allem im lokalen Raum. Doch neben den Subventionen für die Lieferketten der traditionellen Verlage muß auch die Chance für den Aufbau neuer Strukturen geschaffen werden.

Der GEMEINNÜTZIGE JOURNALISMUS ist ein kleiner Eingriff des Staates. Es werden keine Dauersubventionen geschaffen, stattdessen bekommen Medienmacher vor Ort die Chance auf eine neue Finanzierung über Spenden. Bislang sind gemeinnützige Medien, die auf Gewinne verzichten, in Deutschland die Ausnahme. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung fordert hier eigentlich, daß Rechtssicherheit für neue Initiativen geschaffen wird. Diese Forderung wird aber nicht umgesetzt. Das muß sich ändern.

Wo lokaler Journalismus nicht mehr stattfindet, schwindet Information, schwindet Diskurs. Diese Verluste sind gefährlich für die Demokratie. Die ökonomischen Bedingungen für gedruckte Tageszeitungen ändern sich nicht durch Subventionen für die Zustellung von Druckerzeugnissen. Zeitungen steckten in einer Strukturkrise. Die Erlöse aus Abos, Verkauf und Anzeigengeschäft sind oft zu gering, um eine Zeitung erscheinen zu lassen. Das Zukunftsgeschäft läuft längst im Internet.

Scheinheilige Außenpolitik

Israel wurde von der Hamas überfallen und hunderte Kibbuzime bestialisch ermordet. Einen größeren (kannibalistischen) Schaden konnten sie ihrem »palästinensischen« Streben nach einem eigenen Staat nicht zufügen. Empörend aber ist, daß Deutschland nicht in der Lage ist, seine Staatsbürger aus dem Kriegsgebiet herauszuholen; andere Nachbarstaaten haben sofort Militärmaschinen eingesetzt, um ihre Bürger in die Heimat zu holen!*

Unsere Regierung aber fordert von jedem Rückhol-Bürger 300 Euro Kosten (Soviel kostet es nicht mal bei Ryanair)! 3,5 Milliarden Euro für Rüstung der Ukraine, 15 Millionen Euro für Sekt und Schnitten im Außenministerium und 170.000 Euro für die Schönheitspflege der femininen Chefdiplomatin, aber kein Cent für die Rettung eigener Bürger; das ist es, was wir dringend brauchen. Danke Bundesregierung!

BERND C. SCHUHMANN

* inzwischen fliegt auch die Bundeswehr.

Wo im lokalen Raum der Markt versagt, ist GEMEINNÜTZIGER JOURNALISMUS eine Alternative. Guter Lokaljournalismus braucht Finanzierungsmodelle jenseits des klassischen Abo- oder Anzeigengeschäfts.

Gemeinnützige Redaktionen bieten da eine wirksame und nachhaltige Perspektive, da sie neue Geschäftsmodelle eröffnen. Menschen und Stiftungen vor Ort könnten durch ihre Spenden und Zuwendungen neue Spielräume eröffnen. Non-Profit-Medien wie Kontext: Wochenzeitung, Karla oder Katapult zeigen, wie regionale Berichterstattung auf qualitativ hohem Niveau aussehen kann.

»Gerade im Lokalen und Regionalen schließen diese Projekte eine Informationslücke«, sagt die Mitbegründerin der Kontext:Wochenzeitung Susanne Stiefel. »Gewinnorientierter Journalismus von Zeitungsverlagen hat seine Existenzberechtigung«, ergänzt Anne Webert, stellvertretende Bundesvorsitzende im Deutschen Journalisten-Verband (DJV). Allerdings kann Gewinnstreben nicht das einzige Kriterium für Verlage sein, sonst leidet die Medienvielfalt.

Zur Änderung der allgemeinen Abgabenordnung, der flächendeckenden Genehmigung des gemeinnützigen Journalismus braucht es nur eine Abstimmung im Parlament und keine dreistelligen Millionen aus dem klammen Bundeshaushalt. Gibt es den gemeinnützigen Journalismus, können die Bürger selbst mit Spenden für dessen Finanzierung sorgen. Das ist der kleinere Eingriff in den Markt und daher der Subvention vorzuziehen.

DAVID SCHRAVEN,

Forum Gemeinnütziger Journalismus

Anmerkungen zu »Gottes Zorn...« (Seite 1):

1 – Nach einem Bericht der »New York Times« vom 15.10.23 habe das israelische Militär den geplanten Einmarsch in den Gazastreifen wegen »widriger Wetterbedingungen« um einige Tage verschoben. Zuvor hatte Iran über UN-Vertreter eine Botschaft an Israel geschickt, wonach Iran keine weitere Eskalation des Krieges akzeptiere und im Falle einer Bodenoffensive eingreifen werde. Joshua Zarka, Leiter der Abteilung für strategische Angelegenheiten des israelischen Außenministeriums geht davon aus, daß Israel ein Zweifrontenkrieg drohe. Die USA hat derweil einen zweiten Flugzeugträger ins östliche Mittelmeer geschickt.

2 – Derselben Information von Seymour Hersh zufolge, zieht die israelischen Führung als Alternative zur Bodenoffensive den sogenannten »Leningrad-Ansatz« in Erwägung. Im zweiten Weltkrieg hatten die deutschen Faschisten das heutige St. Petersburg eingeschlossen und versuchten, die Stadt auszuhungern. Mehr als eine Million Leningrader verhungerten während der Belagerung, starben an Krankheiten oder durch den deutschen Beschuß.

Bus soll Konsumtempel folgen



FOTO: JURGEN GRAMZOW

Schorfheide (bbp). Dieser Tage wird der seit längerem angekündigte Umzug der Kaufland-filiale aus am »Kleinen Stern« in Finow in das ehemals vom Konkurrenten »real« genutzten Gebäude auf dem Finowfurter Fachmarktzentrum an der B 167 vollzogen. SVEN WELLER, der für BVB/Freie Wähler in der Gemeindevertretung Schorfheide und im Kreistag Barnim sitzt, will für die Gemeindevertretung und für die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde Beschlüßvorlagen vorbereiten, die »beiden Kommunen helfen und für die Bürgerinnen und Bürger eine bessere ÖPNV*-Versorgung ermöglichen und einige Vorteile bieten« soll. Dies kündigte Sven Weller auf dem mit 15 Teilnehmern sehr gut besuchten Treffen von BVB/Freie Wähler Schorfheide am 12. Oktober an.

»Meine Vorschläge gehen auf ein Konzept für Schorfheide zurück, das ich bereits 2017 der Gemeindeverwaltung Schorfheide zur Verfügung gestellt hatte. Da der Bus der Linie 910 nicht so einfach über das Fachmarktzentrum geleitet werden kann, ist die Idee den Bus 905 von einer Schulbuslinie zu einer Takt-Linie zu machen. Das kostet natürlich Geld und wurde deswegen bisher nicht umgesetzt. Der Gemeinde Schorfheide hätte dies pro Jahr 200.000 Euro gekostet.

Mit der Umstellung des Schulbusverkehrs im Süd-Barnim auf Takt stieg dort die Fahrkilometerleistung auf Kosten des Landkreises an. Das sind 700.000 km mehr im Jahr die dort vom Landkreis finanziert werden.

Das bedeutet, Schorfheide und Eberswalde könnten mit dem Verweis darauf durchaus den Landkreis dazu auffordern, auch hier die Kosten zu übernehmen. Zumindest 2/3 und den Rest tragen dann die beiden Gemeinden.

Warum ist das für beide ein Vorteil?

Zum einen, würde Eberswalde seine Viertel um den jetzigen KLEINEN STERN besser mit dem ÖPNV anbinden, indem der 905er Bus durch die Fritz-Weineck-Straße fährt. Das schließt nicht nur die neue Oberschule und das Gymnasium besser an, sondern auch das gesamte Stadtviertel Finow-Ost.

Ja, damals wollten die Einwohner dort den Obus, der damals wegen Bauarbeiten auf der B167 die Fritz-Weineck-Straße nutzte, dort nicht dauerhaft haben. Allerdings ging es dabei um den 15-Minuten-Takt der beiden Obus-Linien 861 und 862, was acht Durchfahrten pro Stunde bedeutete. Die Linie 905 würde hingegen im Stundentakt nur zweimal durchfahren. Je einmal pro Richtung.

Der 905er würde auch das Krankenhaus ansteuern und in der anderen Richtung das Fachmarktzentrum in Finowfurt und Groß Schönebeck mit der Heidekrautbahn. Hier wäre die Linie 905 darauf abzustimmen, von 6 bis 21 Uhr die Heidekrautbahn zu erreichen, ähnlich wie die Linie 910 auf den RE3 im Eberswalder Hauptbahnhof abgestimmt ist. Der Bahnan-schluß würde somit die Priorität für die Umlaufzeit der Busse festlegen.

Damit wäre nicht nur das Krankenhaus besser erreichbar, sondern insgesamt der ländliche Raum mit dem grundfunktionalen Schwerpunkt Groß Schönebeck besser an das Mittelzentrum Eberswalde angeschlossen und es wird das Fachmarktzentrum in Finowfurt für die Menschen aus den westlichen Stadtteilen Eberswaldes erschlossen.

Anders als bei der knappen Umlaufzeit der Buslinie 910, die es schon jetzt gerade so schafft, den RE3 nach Berlin pünktlich zu erreichen, gestaltet sich das beim 905er Bus entspannter, so daß die Linie über den kleinen Umweg Fachmarktzentrum mit zwei Haltestellen geleitet werden. Für den Bus ist schon heute dort eine Wendestelle.

Auch innerhalb der Gemeinde Schorfheide würde auch mit dem 905er einiges bessern. Insbesondere sein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) wäre für die Einwohner aus Groß Schönebeck und Eichhorst besser erreichbar.

Sven Weller hat seine Vorschläge inzwischen am 16. Oktober auch der Ortsgruppe von BVB/Freie Wähler in Eberswalde vorgestellt.

*ÖPNV – öffentlicher Personennahverkehr

Straßenbeleuchtung

Eberswalde (bbp). Zur Sitzung des Kreistages Barnim am 27. September hatte die Fraktion BVB/Freie Wähler beantragt, jährlich 300.000 Euro Fördermittel für die Erneuerung von öffentlicher Straßenbeleuchtung für die Gemeinden im Barnim in den Haushalt einzustellen.

Der Landkreis Barnim verfügt mit dem sogenannten Kreisentwicklungsbudget über ein spezielles Förderinstrument. Die Gemeinden im ländlichen Raum können hieraus für verschiedene Investitionen Fördermittel beantragen. Im Jahr 2023 sind 3,25 Millionen Euro im Kreisentwicklungsbudget enthalten. Kürzlich haben das Amt Joachimsthal sowie das Amt Britz-Chorin-Oderberg einen Zuschuß aus dem Kreisentwicklungsbudget für die Umrüstung von kommunaler Straßenbeleuchtung in ihren Gemeinden beantragt. Diese Anträge wurden abgelehnt, weil Straßenbeleuchtung kein ausreichender Zweck für Mittel aus dem Kreisentwicklungsbudget sei.

»Das Kreisentwicklungsbudget soll eine nachhaltige ländliche Entwicklung im Barnim gewährleisten«, bemerkte dazu der Kreistags-abgeordnete Péter Vida. »Hierzu gehört selbstverständlich auch eine flächendeckende und moderne Straßenbeleuchtung. Viele Straßenlaternen in strukturschwachen Kommunen sind bereits Jahrzehnte alt. Es besteht hier eine Förderlücke, die es zu schließen gilt.«

Die Erneuerung von Straßenleuchten, etwa in Form von Umrüstung auf LED, erfüllt neben der Sicherheit aller Bürger die Ansprüche der Nachhaltigkeit und Nullemissionsstrategie des Landkreises Barnim. Die Fraktion hat daher beantragt, das Kreisentwicklungsbudget ab 2024 um 300.000 Euro aufzustocken. Diese 300.000 Euro sollen zweckgebunden für die Förderung der Straßenbeleuchtung sein. Der Antrag wurde jedoch nur zum Teil im Kreistag angenommen. Es wurde beschlossen, daß die Vergaberichtlinie des Kreisentwicklungsbudgets um die Förderung von Straßenbeleuchtung zu ergänzen ist. Hierzu wurde der Antrag zur Weiterbehandlung in den Ausschuß für Territorialplanung, Bauen und Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft (A4) am 6. November verwiesen. Die zusätzlichen Mittel von 300.000 Euro wurden vom Kreistag jedoch mehrheitlich abgelehnt.

»Wir möchten den ländlichen Raum sinnvoll und zielgerichtet unterstützen«, erklärt Vidas Fraktionskollege Sven Weller. »Die Umrüstung und Modernisierung von Straßenbeleuchtung stellt eine nachhaltige Investition für Gemeinden dar, wofür das Kreisentwicklungsbudget eigentlich auch gedacht ist. Daher verwundert uns die mehrheitliche Ablehnung sehr. BVB/Freie Wähler werden sich weiterhin für die Unterstützung von ländlichen Kommunen starkmachen und entsprechende Anträge stellen!«

Projekt Sommerhöhen:

Fauler Kompromiß?

Nach der Sommerpause legte das Stadtentwicklungsamt die geänderte »Entwicklungsstrategie Wohnbauflächen« im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt zur Beschlußfassung vor. Eine Änderung in der Strategie bezüglich des Projekts Sommerhöhen wurde mit der inzwischen vorliegenden Kaltluftanalyse begründet. Dr.-Ing. R. Burghardt vom Büro BPI aus Kassel stellte die Analyse im Ausschuß ausführlich vor. Im Vergleich zur Bestandssituation beurteilte er die Auswirkungen des Projekts auf das Stadtklima in der geplanten und in einer reduzierten Bebauungsvariante.

Sein Fazit lautet: »Die im Kontext des Klimawandels erwartbaren Veränderungen stellen eine zunehmende thermische Belastung für den Siedlungsraum dar, weshalb es wichtig ist, daß der thermische Ausgleich möglichst früh in der Nacht einsetzt. Dies ist in der Maximalvariante der Sommerhöhen nicht gegeben.« Von der prognostizierten Veränderung des Mikroklimas sind in erster Linie die Bewohner im Siedlungsgebiet Ostende betroffen.

Wir sollten die fachlich sehr kompetente und ausführlich erläuterte Analyse ernst nehmen und unserer Verantwortung für die in Ostende und der Innenstadt lebenden Menschen nachkommen. Der Änderungsantrag der Fraktion SPD/BFE, die Baufläche der Sommerhöhen dennoch in die »Entwicklungsstrategie Wohnbauflächen« aufzunehmen und Stadtverwaltung, Politik und Projektentwickler aufzufordern, eine neue möglichst Stadtklima verträgliche und zugleich für den Bauvorhabenträger praktisch umsetzbare Bebauungsvariante zu erarbeiten, steht im krassen Widerspruch zur Klimaanalyse. Jede, in die Freifläche ausgeweitete Bebauung hat einen negativen Einfluß auf die Entstehung und die Ausbreitung von Kaltluft im untersuchten Gebiet. Die Änderung wäre daher ein fauler Kompromiß, um das Aus für dieses anachronistische Projekt abzuwenden.

Das Versprechen der Projektentwickler, ein klimaverträgliches Bebauungskonzept zu erarbeiten, stellten sie im Bauausschuß selbst in Frage, indem sie erklärten, daß die Reduzierung der maximal möglichen Bebauung das Projekt für sie unwirtschaftlich mache.

KAREN OEHLER, B90/Grüne

311. Ausstellung in der Kleinen Galerie:

»More than words«. Graffiti und was daraus werden kann. Bilder und Zeichnungen
Eröffnung ist am 25. Oktober um 18 Uhr in der Kleinen Galerie im SparkassenForum (Michaelisstraße 1 in Eberswalde). Christoph Geyer gibt eine Einführung, gefolgt von einer live performance mit Mirko Fölsch. Breakdance der Eastside Fun Crew umrahmt die Vernissage.

Holzmodulmustersiedlung soll entstehen

An der Barnimer Heide im Brandenburgischen Viertel

Dort, wo eigentlich Platz gewesen wäre für einen Neubau einer Oberschule, entsteht in den nächsten Jahren, so die Bauherren wollen, eine ökologische Vorzeigesiedlung am Waldesrand, die aus Holzmodulen aufgebaut wird, die nur unweit hergestellt worden sind,



nämlich im timpla-Werk, das 2024 an den Start gehen soll. In der Septembersitzung des Eberswalder Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) wurden verschiedene Luftbilder gezeigt, die das avisierte Gebiet am Westendweg im Jahre 1953, im Jahr 1994 und von heute zeigen. Es ist offiziell Bauland laut Flächennutzungsplan, aber mittlerweile völlig bewachsen und ein beliebter Rückzugsort für Getier aller Art, insbesondere den Sprosser und den Eichelhäher. Natürlich finden die Tiere im nahen Wald ebenso genug Platz, aber dort ist der ökologische Raum anders strukturiert, keine Nische mehr in dem Sinne. Daß etwa 300 Wohneinheiten entstehen sollen, ist natürlich zu begrüßen. Mit der beschaulichen Ruhe der Bewohner von Klein-Italien, wie die Osterweiterung des Brandenburgischen Viertels genannt wird, ist es dann aber vorbei. Nicht nur wegen der Bauarbeiten, sondern auch wegen vermehrtem Quell- und Zielverkehr in der Zukunft. Ob das alles so Wirklichkeit wird, wie geplant, und nicht einfach gerodet wird, also Zerstörung passiert und am Ende fehlen Bauherren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, spricht das Geld, das hereinkommen soll, dann haben wir eine Baubrache wie anderswo in der Stadt auch. Warten wir's ab ...

JÜRGEN GRAMZOW

Clara-Zetkin-Siedlung als Ortsteil

Wir wollen die demokratische Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner attraktiv machen. Hierzu gehört auch, die Ortsteile der Stadt besser den siedlungsräumlichen Gegebenheiten anzupassen. Besonders aus der Clara-Zetkin-Siedlung erreichten uns in jüngster Zeit wiederholte Forderungen nach einem eigenständigen Ortsteil.

Inzwischen hat der Bürgermeister sein Versprechen wahrgemacht. Zur Stadtverordnetenversammlung am 24. Oktober liegt die 4. Satzung zur Änderung der Eberswalder Hauptsatzung zur Beratung und Beschlußfassung vor. Hauptinhalt ist die Etablierung der Clara-Zetkin-Siedlung als eigenständiger Ortsteil mit einem Ortsbeirat wie die dörflichen Ortsteile Sommerfelde, Tornow und Spechtshausen.

Wir freuen uns über die Initiative des Bürgermeisters. Unsere Fraktion ist der Auffassung, daß für eine demokratische Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger alle Ortsteile ihre Ortsteilvertretungen brauchen, also auch die vier städtischen Ortsteile.

Ortsbeiräte sind hierfür auch in den großen Ortsteilen besser geeignet als Ortsvorsteher,

die allein sind. Aus unserer Sicht sollten die Ortsbeiräte über alle demokratischen Mitsprachemöglichkeiten verfügen, die im Rahmen der Brandenburgischen Kommunalverfassung möglich sind.

Im September stand die »Entwicklungsstrategie Wohnbauflächen« zur Entscheidung. Den extensiven Flächenverbrauch mit hohem Anteil an Versiegelungen sehen wir kritisch. Daher sollten alle Kleingartenflächen aus dem Fonds potentieller Wohnbaureserveflächen herausgenommen werden.

Leider gab es seitens der Gäste aus dem Landesstraßenamt im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) am 12. September keine Informationen zur B167neu, obwohl in den Ferien ein weiteres öffentliches Beteiligungsverfahren lief (Seite 7). In der aktuellen Variante werden nicht nur zahlreiche Naherholungsgebiete im Norden von Finow zerstört. Der diskutierte Bauabschnitt endet in Nordend an der Angermünder Chaussee. Letztlich wird der Verkehr genau vor das Rathaus geleitet.

MIRKO WOLFGAMM, Fraktion Die PARTEI
Alternative für Umwelt und Natur

Ein Dezernent wird wieder eingespart

Neue Strukturen, hohe Kosten und keine Friedensfahne

Eberswalde (jg) Die 42. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der laufenden Wahlperiode begann mit einer Personalie: Da Dr. Hans Mai bekanntlich seine Ämter im Gremium niedergelegt hat, wurde durch seine Fraktion Ringo Wrase (SPD) vorgeschlagen, der als einziger Kandidat für den Posten des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden für dieses Kommunalparlament in geheimer Wahl per Brief zu wählen ist.

Zur Tagesordnung gab es vorher Kritik von Oskar Dietterle, weil immer noch nicht klar war, ob die Clara-Zetkin-Siedlung einen Ortsbeirat bekommt, wie vom Bürgermeister versprochen. Bis zur Kommunalwahl 2024 solle das stehen, versprach Götz Herrmann.

Aber der Bürgermeister kam mit einer ganz anderen Meldung des Tages: einer Strukturreform der Verwaltung! Und zwar aus zwei Gründen: zum einen müssen Kosten gespart werden, die sich auch im Haushalt niederschlagen und zum anderen werden das Rathaus in nicht allzulanger Zeit Mitarbeiter verlassen, Babyboomer, die in Rente gehen, die wertvolle Wissensträger sind und die man nicht so einfach heutzutage ersetzen kann.

Konkret sollen aus dem bisherigen Dezernat von Prof. Dr. Jan König, dem herzlich gedankt wurde, der Brandschutz und die Wirtschaftsförderung dem Bürgermeister direkt zugeordnet werden, wobei aus der Wirtschaftsförderung wieder ein eigenes Amt entsteht und die Ausschreibung für den Chefposten vorbereitet werde. Die anderen Ämter gehen an das von Bernd Schlüter geleitete Dezernat, was Stadtverordneter Ortelt als überfrachtet ansah. Das Baudezernat bleibe ebenso unberührt wie das Finanz- und Verwaltungsdezernat, so Götz Herrmann. Der Bürgermeister ließ bei dieser Entscheidung nicht mit sich reden und plädierte für Vernunft und Verantwortung. Die Einsparung eines Dezernenten sei nur der 1. Schritt und man müsse zur Konsolidierung des Haushalts dann noch weiter in die Tiefe gehen. Dies forderte auch der Stadtverordnete Carsten Zinn, der per Video zugeschaltet war. In der Haushaltsdebatte für 2024/2025 werde es noch harte Diskussionen geben, versprach der Bürgermeister, aber das Team des Rathauses sei »an Bord« und jeder müsse Verantwortung übernehmen und auch Kompromisse eingehen können.

Der zweite wichtige Punkt des Abends war der Bericht von Hendrik Hundertmark, Geschäftsführer der stadteigenen Wohnungsbau-gesellschaft WHG. Von Neubau könne

zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Rede mehr sein, betonte er, denn durch die rasant gestiegenen Baupreise, könnte man neugebaute Wohnungen nicht unter 18 Euro kalt vermieten, wie es im Karree Heegermühle der Fall sei, wo Seniorenwohnungen entstanden. Vielmehr konzentriert man sich auf die Sanierung von Wohnungen, die durch Todesfälle oder den Weggang der Mieter ins Heim frei werden. Wenn Altbauten komplett saniert werden, wie es zum Beispiel in der Schöpfurter Straße der Fall ist, betrage die wirtschaftliche Kaltmiete auch nicht unter 12 Euro.

Es gebe bei der WHG eine ziemlich hohe Fluktuation von 7 Prozent (pro Jahr) aus den unterschiedlichsten Gründen (zwei davon wurden ja schon genannt) und die oft fälligen Strangsanierungen schlagen mit hohen Kosten zu Buche. Für Komplettsanierungen im großen Stil fehle das Eigenkapital, wobei man momentan von einer »zweiten Sanierungswelle« sprechen muß, nach der ersten in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts. Ob die gestiegenen Kosten durch Mieterhöhungen ausgeglichen werden, verneinte der Geschäftsführer auf Nachfrage von Victor Jede, jedenfalls nicht zum 1.1.2024.

Am Anfang gab es natürlich die Einwohnerfragestunde, die in diesem Bericht jetzt ans Ende gestellt wird. Herr Lüdke aus Sommerfelde bemängelte, daß die Kinder aus Ostende und Sommerfelde, die gemeinsam in der Kinderfeuerwehr Sommerfelde ihre Freizeit gestalten, mit Eintritt ins Jugendlichenalter auseinandergerissen werden, weil in der Jugendfeuerwehr ein Ortsprinzip herrscht, das heißt, die Ostender Kinder müssen dann in die Jugendfeuerwehr Eberswalde. Der Bürgermeister versprach eine Lösung.

Die zweite Anfrage kam von Henriette Schubert aus Finow bezugnehmend auf die StVV vom 27. Juni, in der es um einen Friedensappell im Rahmen von »Mayors for Peace« ging, der vom Stadtparlament mit 11 zu 10 Stimmen abgelehnt wurde. Sie bedanke sich bei den zehn Befürwortern und bat Bürgermeister Herrmann, wenigstens die Friedensfahne der Vereinigung sichtbar ans Rathaus zu hängen. Der »Bürgermeister für den Frieden« antwortete knapp, das mache man an einem bestimmten Tag im Jahr, wie vorgesehen. Da fragt man sich als Weltbeobachter, was ist mit dem Frieden an all den anderen Tagen des Jahres? Wir sehen es im Fernsehen ...

(<https://eberswalder-ansichten.de/blog>)

»Allgerechte« Mobilität

Beteiligungsprojekt im Kiez

Eberswalde (prest-ew). Am Vormittag des 25. September kamen Vertreterinnen und Vertreter des Seniorenbeirats, des Behindertenverbands, des Stadtentwicklungsamtes, des Tiefbauamtes, des Amtes für Generationen, Sport und Integration sowie die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Eberswalde zusammen, um die Barrierefreiheit in zwei Gebieten des Brandenburgischen Viertels unter die Lupe zu nehmen und Verbesserungen zu diskutieren.



FOTO: ANTONIA GERGS, QUARTIERSMANAGEMENT

Beim Rundgang durch das Brandenburgische Viertel in der Kyritzer Straße.

Die Veranstaltung begann mit einer herzlichen Begrüßung von Antonia Gergs und Katharina Brunnert vom Quartiersmanagement. Die Anwesenden tauschten Gedanken und Ideen aus, wie das Viertel noch zugänglicher, bewegungsfreundlicher und »allgerechter« gestaltet werden kann. Dazu zählen beispielsweise Bordsteinabsenkungen an Straßenquerungen, Rampen für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer, taktile Leitsysteme sowie ein kontrastreicher Straßenraum. Im Rahmen eines Rundgangs besichtigten die Teilnehmenden exemplarisch Teile der Kyritzer Straße sowie der Rathenower Straße. Dabei fand ein lebhafter und konstruktiver Austausch über sichtbare Barrieren und mögliche Lösungsansätze statt. Im Nachgang wurden die wichtigsten Erkenntnisse festgehalten. Die gesammelten Ideen sollen in einem gemeinsamen Maßnahmenkatalog aufgenommen und hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit im Rahmen der ohnehin geplanten Modernisierungsmaßnahmen im Viertel geprüft werden.

Die Veranstaltung markiert einen wichtigen Schritt in Richtung einer inklusiveren und barrierefreien Gemeinschaft. Die Teilnehmenden sind optimistisch, daß ihre Bemühungen dazu beitragen werden, das Brandenburgische Viertel für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Gäste des Quartiers attraktiver zu machen.

Rentensprechstunde

Eberswalde. Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 8.11., 10-12 Uhr.

Biesenthal. Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 8.11., 13-15 Uhr.

Bernau. Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 15.11., 10-15 Uhr.

Nur mit Anmeldung unter 03338/8463.

Wahlrechtsreform

Modell für Politik-Verdrossenheit

Der Wahlakt ist das Herzstück der Demokratie. In ihm drückt der Souverän (das Volk = Summe aller wahlberechtigten Bürger) seinen Willen aus. Mit ihm beginnt die Legitimität aller Staatsgewalt. Dafür gibt es keine abweichende Auslegung. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat das Gesetz über die Wahlrechtsreform gegen ausdrückliche Warnungen unterschrieben.

CSU und DIE LINKE klagen in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht dagegen. Die FDP, die genauso benachteiligt werden wird, hat sich nicht getraut, weil sie in der rot-grünen Ampel gefangen ist. Dieses Gesetz ist ein direkter Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD, indem Millionen Wählern von links bis konservativ ihr Wahlrecht genommen wird und Wahlergebnisse verfälscht werden. Das muß dem Volljuristen auf dem Präsidentensessel klar gewesen sein, als er das Gesetz passieren ließ.

Hier soll der Wahlbürger seines wichtigsten Rechtes entkleidet werden. Man darf sich wohl fragen, ob die Ampel bei dem Gesetz »Maß genommen« hat in Griechenland, wo die stärkste Partei sich nach einer konservativen Reform bei der Wahl bis zu 50 Mandate zusätzlich zuschreiben kann, um allein regieren und die Opposition entmannen zu können.

Das bundesdeutsche Wahlgesetz ist ohnehin demokratisch zweifelhaft durch die Fünf-Prozent-Sperrklausel. Dies sorgte 2021 dafür, daß die Stimmen von 8,7 Prozent der Wähler unbeachtet blieben. Wenn das neue »Wahlrecht« in Karlsruhe nicht aufgehoben wird, werden Linke und CSU durch Veränderung der 3-Mandats- zur 5-Mandatsklausel nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten sein. Dann werden 15 Prozent der Wählerstimmen fälschlicherweise anderen Parteien zugerechnet und somit das reale Wahlergebnis rechtswidrig verfälscht. Was für eine Demokratie!

Scheinheilig behaupten die Ampelparteien, daß nur so die Ausuferung der Abgeordnetenwahl erreichbar würde, wobei die FDP übersieht, daß sie mit weniger als fünf Prozent den Mißbrauch des Wahlergebnisses auf zwanzig Prozent erhöht. Ist die Demokratie wirklich schon so fragil? Was bleibt von Steinmeiers schöner Rede vom 13. Februar 2022 und seinem Eid übrig?

Wenn das Gesetz in Karlsruhe gekippt wird, weil verfassungswidrig, wird dann der Bundespräsident mit seiner grundgesetzwidrigen Unterschrift im Amt bleiben können oder freuen wir uns dann auf eine neue, noch schönere Rede? Wie so etwas geht, haben die Verfassungsrichter beim Stop des Gebäudeenergiegesetzes gerade vorgeführt.

BERND C. SCHUHMAN

Gesundheits-Volksinitiative

Bernau (bvb/bbp). Bei der Zentralversammlung der Brandenburger Vereinten Bürgerbewegungen/Freie Wähler (BVB/FW) am 24. September in der Bernauer Stadthalle stellten über 200 Vertreter von Wählergruppen aus dem Land Brandenburg die Weichen für Wahlen im kommenden Jahr. Neben der Wahl der Landesliste und von Direktkandidaten für alle 44 Wahlkreise zur Landtagswahl diskutierte der Dachverband der Brandenburger Wählergruppen und Bürgerinitiativen inhaltliche Themen wie Energie, Gesundheit, Bildung und Erschließungsbeiträge für eine Volksinitiative.

Der Landesvorsitzende Péter Vida skizzierte die Schritte »auf dem Weg zum märkischen Wahlolymp«. Das Wahlziel 8 Prozent könne geschafft werden und eine Regierungsbeteiligung sei machbar. Vida machte die steigende Kluft zwischen Regierenden und Regierten deutlich und kritisierte nachdrücklich die grüne Verbotskultur und Ideologie. »Wir setzen auf 'Verbote verbieten'. Die Politik muß aufhören, die Menschen zu gängeln. Die Politik muß die Menschen mit zum Gipfel nehmen und keine Elfenbeintürme auf dem Gipfel errichten, von wo aus man die wahre Welt mit ihren alltäglichen Problemen gar nicht mehr sehen kann. Deswegen muß es 2024 heißen: Schluß mit grüner Verbotskultur und her mit oranger Bürgerkultur«, so Vida. Für seine rund zwanzigminütige Grundsatzrede erntete der Vorsitzende Standing Ovationen.

Im Anschluß diskutierte die Versammlung über mögliche Themen für eine Volksinitiative. Nach Debatte und Abwägung stimmten die Mitglieder von BVB/Freie Wähler mit deutlicher Mehrheit für das Thema Gesundheitsversorgung. Unter dem Arbeitstitel »Krankenhäuser erhalten, Haus- und Fachärzte sichern« sind die Vertreter der Volksinitiative beauftragt, eine entsprechende Formulierung fachlich und juristisch auszuarbeiten. Die Volksinitiative soll noch im Oktober starten.

Brandenburg hat vor allem im ländlichen Raum immer größere Probleme, eine flächen-deckende Versorgung sicherzustellen. Durch die vom Bund geplante Krankenhausreform steht das Gesundheitssystem weiter unter Druck, Schließungen und eine schlechtere Versorgung in der Fläche drohen. Mit der neuen Volksinitiative möchte die Wählervereinigung BVB/Freie Wähler Impulse setzen, um die Versorgung mit Krankenhäusern, Haus-

und Fachärzten zu sichern. Dabei gibt es mehrere Komponenten: Von einer Ausweitung der Medizinischen Versorgungszentren über die bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Therapie bis hin zu Gemein-deschwestern, die Hausärzte auf dem Land entlasten sollen.

Im weiteren Verlauf erfolgte die Nominierung der 44 Wahlkreiskandidaten. Der Wählervereinigung sei es erneut gelungen, für alle Wahlkreise in Brandenburg »sehr gute und aussichtsreiche Kandidaten zu finden, die für ihre Region stehen«. Darunter sind mehrere hauptamtliche Bürgermeister, deren Kandidatur ein Zeichen für die Städte und Gemeinden setze und »dem Landesverband für seine kommunalfreundliche Politik demonstrativ den Rücken« stärke. In den drei Barnimer Landtagswahlkreisen kandidieren Sven Weller (WK 13), Péter Vida (WK 15) und Dr. Sabine Buder (WK 15). Den Abschluß der langen Veranstaltung bildete die Abstimmung über die Landesliste von BVB/Freie Wähler. Der Listenvorschlag des Landesvorstand wurde ohne Gegenkandidaturen von der Mitgliedschaft akzeptiert. Angeführt wird die Liste von Péter Vida auf Platz 1, der für die Spitzenkandidatur 97 % Zustimmung erhielt. Auf Platz 2 folgt Sabine Buder, ebenfalls aus dem Barnim.

Zum Abschluß der rund zehnstündigen Veranstaltung schwor der Landesvorsitzende Péter Vida die Mitglieder auf einen langen und intensiven Wahlkampf ein. »Unsere Geschlossenheit und unsere Leidenschaft, gemeinsam mit den Bürgern für gute Themen und Lösungen zu kämpfen, wird uns auf den märkischen Olymp führen. Wir brauchen im Land und auch in den Kommunen weniger roten und schwarzen Muff, weniger Vitamin B, sondern viel mehr Vitamin C durch die Orangen.«

SPD-Direktkandidaten für den Landtag

Eberswalde (bbp). Die SPD Barnim hat inzwischen für alle drei Landtagswahlkreise im Landkreis Vertreterversammlungen abgehalten, um ihre Direktkandidaten zu nominieren. Im Wahlkreis 13 (Eberswalde/Schorf-

heide/Joachimsthal) tritt der 23-jährige Kreisvorsitzende KURT FISCHER an, der seit diesem Jahr in die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung nachrückte. Das Mandat im Wahlkreis 14 (Bernau/Panketal) will MARTINA MAXI SCHMIDT für die SPD erringen. Dritte im Bunde ist für die ländlichen Gebiete des Wahlkreises 15 von Ahrensfelde, Werneuchen über Wandlitz, Biesenthal bis Oderberg die Bürgermeisterin von Marienwerder ANNETT KLINGSPOHN.

Schutz vor dem Lärm der Autobahn

Speakers' Corner mit dem Landtagsabgeordneten Péter Vida im Bernauer Ortsteil Eichwerder (Spielplatz Th.-Fontane-Str.), 23.10., 17.30 Uhr.

Einwendungen zur B167neu, Nordvariante, 1. BA, Teil2

»Ortsumgehung« zum Marktplatz

Finowfurt/Eberswalde (bbp). Im Juli und August lagen die Unterlagen zur erneuten Planfeststellung des 1. Planungsabschnitts der B167neu zwischen Finowfurt und Eberswalde-Nordend aus. Mehrere Einwohnerinnen und Einwohner aus den beiden betroffenen Gemeinden nutzten die Gelegenheit, um ihre Einwendungen gegen das Vorhaben gegenüber dem Brandenburgischen Landesamt für Bauen und Verkehr vorzubringen. Die Septemberausgabe der »Barnimer Bürgerpost« veröffentlichte Teil 1 einer Zusammenfassung vorgebrachter Inhalte. Hier nun die Fortsetzung:



Die Karte zeigt die geplante Schnellstraße (dunkelgrau) zwischen dem Anschluß zur alten B167 westlich Finowfurt bis zur vorgesehenen Brücke über den Oder-Havel-Kanal einschließlich der neuen Autobahnauffahrt. Mit dem Bau der B167neu würde die weitgehende Zerstörung des Erholungsgebiets am Üdersee samt dem dortigen Campingplatz einhergehen.

Einwendungen zu neuen Veränderungen

Die neu ausgelegten Unterlagen enthalten kaum wesentliche Änderungen. Die wenigen Neuerungen, wie verlängerte Überholspuren und eine weitere Lärmschutzwand südlich der Clara-Zetkin-Siedlung sind bestenfalls Retusche und beseitigen nicht die wesentlichen Mängel der hier gewählten Nordvariante.

Folgende naheliegende Alternative findet gar keine Erwähnung: Die Möglichkeit zur Autobahnanbindung im Bereich von Kilometer 27,5 an der vorhandenen Brücke über die Autobahn zu Wegführungen nach Sophienstadt, Marienwerder und Biesenthal. Eine solche Anbindung käme ohne die Marienwerder Straße in Finowfurt aus und bringt eine Weiterführung nördlich des Flugplatzes mit Anbindung der Wohngebiete Finow-Süd, Finow-Ost Weineckstraße und Brandenburgisches Viertel, möglicherweise auch unter Nutzung einer seit dreißig Jahren stillgelegten Bahntrasse.

Es besteht auch die Möglichkeit, die Gewerbegebiete im Norden der Stadt besser als bisher an die BAB 11 anzubinden. Diese Variante wird jedoch in den nur geringfügig geänderten Planunterlagen nicht einmal erwähnt, obwohl diese Trasse aufwendige Bauwerke wie Brücken nicht braucht und zudem über bereits versiegelte und teilweise kontaminierte

Flächen (Flugplatz) führt, also nicht nur wesentlich kostengünstiger, sondern auch umweltgerechter ist, als die derzeit einzig in Betracht gezogene Nordvariante.

Zudem besteht keinerlei Notwendigkeit, die B167neu als kreuzungsfreie Schnellstraße mit 100 km/h zulässiger Höchstgeschwindigkeit anzulegen. Insbesondere in der Nähe der Wohn- und Gewerbegebiete kann die Straße vorteilhaft mit ampelgeregelten Kreuzungen ausgestattet werden, die eine Nutzung der B167neu auch ohne Umwege möglich macht. Dies würde die Innenbereiche von Finowfurt, Finow und Eberswalde tatsächlich entlasten. Eine zulässige Geschwindigkeit von 50 oder 70 km/h verringert die Durchlässigkeit einer neuen Straße kaum, senkt aber den Kostenaufwand für eine kreuzungsfreie Ausbaustufe deutlich und würde zugleich siedlungsnah die Abgas- und Lärmbelastung mindern. Mittels intelligenter Ampelregelung könnte für die Nutzer der B167neu leicht eine den Verkehrsfluß fördernde Durchgängigkeit erreicht werden. Solche »grünen Wellen« waren sogar in vergangenen Zeiten möglich, als von »KI« noch niemand etwas wußte.

Hinweis auf aktuelle Gesetze und Vorschriften

Die Vokabeln Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende kommen in den ausgelegten Unterlagen nicht vor. Es ist jedoch BRD- und

EU-Umweltrecht einzuhalten und Maßnahmen zu realisieren, welche geeignet sind, die von der Bundesregierung formulierten übergeordneten Ziele zu erreichen.

Mangels Bedarfsnachweis – einer Voraussetzung jedweder Straßen-Neubauplanung – verweist der Vorhabenträger nur auf den Bundesverkehrswegeplan als Rechtsgrundlage. Doch mittlerweile weist ein Gutachten nach, daß diese Basis gegen höherrangiges Recht verstößt (Gutachten B.U.N.D. Oktober 2021 zur formellen (EU-)Rechtswidrigkeit und materiellen Verfassungswidrigkeit des gesetzlichen Bedarfsplans 2030 für Bundesfernstraßen). Der Vorhabenträger stützt sich also einzig und allein auf ein wahrscheinlich verfassungswidriges Gesetz und ignoriert entsprechende Hinweise.

Es ist gerade der Verkehrssektor, der die Klimaziele nicht einhält. Der Bundesverkehrsminister geriet entsprechend unter Druck und war gezwungen, den Verzicht auf Straßen-Neubauvorhaben bekannt zu geben. Er will »nur noch Umgehungen bauen«. Jedoch erweist sich das als Täuschung, denn man kann jede neue Straße als »Umgehung« klassifizieren – so wie beim Vorhaben B167neu, obwohl diese Umgehung im 1. Planungsabschnitt zwangsläufig auf den Marktplatz Eberswalde führt. Die B167neu dient also gar nicht der Entlastung des innerörtlichen Verkehrs und läuft darüber hinaus den Zielen des Bundes und sogar den Aussagen des Verkehrsministers zuwider. Die sich daraus ergebenden Handlungen und Schlußfolgerungen fehlen in den vom Vorhabenträger ausgelegten Unterlagen.

Was ist zu tun?

Der B.U.N.D. verweist darauf, daß der Bundesverkehrswegebedarfsplan vom 23.12.2016 nach fünf Jahren insbesondere auch auf seine Umwelt- und Klimawirkungen überprüft werden muß. Auf allen Projektebenen müssen die Planungen gestoppt werden, da deren Bedarfsbegründung aktuellen Prämissen nicht standhalten würde. Eine Planfeststellung beim Einzelprojekt B167neu zum jetzigen Zeitpunkt sollte daher wegen der erläuterten Kollisionen der Planungen mit Bundesrecht ausgesetzt werden.

Für den Bedarfsplan ist eine neue strategische Umweltprüfung (SUP) notwendig, welche die jetzt geltenden gesetzlichen Erfordernisse berücksichtigt sowie eine aktuelle Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einschließt, die auch alle Umweltkosten angemessen berücksichtigt. Die Dringlichkeit der Maßnahme wäre sodann neu zu bewerten, die danach in ihrer Priorität erwartbar herunterzustufen ist. Im Rahmen der SUP wären mithin bundesweit alle Vorhaben einer Optimierung zu unterziehen. Das schließt ein, daß Alternativen, einschließlich der Nullvariante, auch tatsächlich geprüft werden.

Spendenaufwurf

Am 5. September kam es in Eberswalde im Brandenburgischen Viertel zu einem folgenschweren Abschiebeversuch. Ein Mann aus Pakistan sprang aus seiner Wohnung in der Schwärzeseestraße und verletzte sich lebensgefährlich (BBP 9/2023). Für ihn und seine Familie möchten wir hier Spenden sammeln.

Fünf bis sechs Polizisten waren damals in die Wohnung eingedrungen, die sich MUHAMMAD I. mit einem zweiten Geflüchteten Mann aus Pakistan teilt. Muhammad I. hat sich in seinem Zimmer eingeschlossen. Die Polizisten rufen seinen Namen und schrauben die Zimmertür auf. Muhammad I. bekommt Angst und stellt sich auf das Fensterbrett seines Zimmers im 5. Stock. Die Polizisten betreten sein Zimmer, haben ein Foto von ihm und fragen ob er Muhammad I. sei. Er ruft in Panik »Go, go!« und »Geht weg!«, doch die Polizisten reden weiter und kommen näher. Muhammad I. hängt sich aus dem Fenster und als die Polizisten sich weiter nähern, läßt er los. Er kommt auf dem Gehweg vor seinem Haus auf, überlebt lebensgefährlich verletzt und liegt dann tagelang im Krankenhaus im Koma. Inzwischen ist Muhammad I. aus seinem Koma wieder erwacht und ist ansprechbar. Zur Zeit werden seine zahlreichen Knochenbrüche (Wirbelsäule, Rippen, Becken, Arm, Bein) im Krankenhaus operiert und versorgt.

Die Polizei sagt später gegenüber der Märkischen Oderzeitung, daß sie gar nicht Muhammad I. abschieben wollten, sondern seinen Mitbewohner, der aber nicht anwesend war. Sie erzählen in einer ersten Version auch, daß sie sein Zimmer gar nicht betreten hätten. Erst nachdem sie mit Fotos von der aufgeschraubten Zimmertür konfrontiert wird, korrigiert die Polizei ihre erste Version.

Der 25jährige Muhammad I. stammt aus einem Gebiet direkt an der Grenze zu Afghanistan, einem Operationsgebiet der pakistanischen Taliban. Er lebt seit vier Jahren in Deutschland und schickt einen Teil seines Geldes an seine Frau und seine Kinder, die noch in Pakistan leben. Schon jetzt ist klar, daß Muhammad I. mit körperlichen Einschränkungen leben müssen und nicht mehr voll erwerbstätig sein kann. Er wird seine Kinder nicht so finanziell unterstützen können wie vor dem Sturz.

Deswegen rufen wir auf, solidarisch zu sein und an Muhammad I. und seine Familie zu spenden (Spendenkonto: Barnim Solidarisch, Verwendungszweck: Muhammad, IBAN: DE 78 1705 2000 1110 0262 22, Sparkasse Barnim).

THOMAS JANOSCHKA,
Initiative »Barnim solidarisch«

AfD-Kundgebung und Protest-Picknick

Eberswalde (bbp). Der Landesverband der AfD Brandenburg hatte für Freitag, den 13. Oktober, ab 19 Uhr zu einer Kundgebung auf dem Eberswalder Marktplatz eingeladen zum Thema »Keine neuen Asyl-Unterkünfte!«.

Das Bündnis #UNTEILBAR EBERSWALDE veranstaltete im Kontrast zur AfD-Kundgebung ein abendliches Picknick, bei dem »wir für Solidarität und Menschlichkeit eintreten«, wie es in der Einladung hieß.

Unklar war zunächst, ob die AfD mit ihrem Kundgebungsthema allgemeine »ideologische Parolen an die Menschen bringen« wollte, wie es seitens des #UNTEILBAR-Bündnisses hieß, oder konkrete Pläne zu neuen Unterkünften für Asylbewerber in Eberswalde oder im Landkreis Barnim zur Debatte standen.

Die Unterbringung von Asylbewerbern gehört zu den gesetzlichen Pflichten der Landkreise. Gegen die Neuschaffung von Sammel-lagern, die nach den aktuellen Diskussionen sowohl der regierenden Ampel-Parteien als auch der konservativen Opposition als eine Art Massengefängnis gestaltet werden sollen, dürften auch die Organisatoren der Gegenveranstaltung etwas haben. Für eine menschenwürdige Unterbringung wäre es vielmehr notwendig, die betroffenen Asylbewerber möglichst schnell mit Wohnungen zu versorgen. Zugleich müßte ihnen zeitnah ermöglicht werden, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, statt sie per Arbeitsverbot dauerhaft zu staatlichen Almosenempfängern zu degradieren.

Bänke gegen Rassismus

Eberswalde (prest-ew). In ganz Deutschland sind die sogenannten »Bänke gegen Rassismus« inzwischen zu finden. Unter dem Motto »Kein Platz für Rassismus« möchte die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg damit ein Symbol für Vielfalt und gegen Rassismus in der öffentlichen Wahrnehmung verankern.

Die etwa zwei Meter breiten Bänke sollen gut sichtbar an Orten wie Marktplätzen,

Schulhöfen, Krankenhäusern oder auch Rathäusern aufgestellt werden. Die Stadt Eberswalde beteiligt sich ebenfalls an dieser Aktion und möchte damit ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und für Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt setzen.

»Eberswalde ist eine lebendige Stadt der Vielfalt. Toleranz ist ein, wenn nicht der Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Es ist wichtig im Dialog zu bleiben. Haß darf dabei niemals zum Ratgeber werden. Mit den »Bänken gegen Rassismus« wollen wir diesem Grundsatz unserer Arbeit ein starkes Symbol geben«, so Bürgermeister Götz Herrmann.

Die Bänke können über die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg angefragt werden. Der Stadt Eberswalde wurden insgesamt vier Bänke zur Verfügung gestellt. Davon sollen drei an jeweils festen Standorten angebracht werden. Diese Orte werden gerade festgelegt. Die vierte Bank wird als »mobiles Zeichen« von Ort zu Ort wandern. Zunächst findet sie vorm Sekretariat des Bürgermeisterberichts im Rathaus ihren Platz.



FOTO: FLORIAN HEILMANN

Die AfD – kein ostdeutsches Problem

In Hessen und Bayern kam die AfD auf 18,4 und 14,1 % und bemerkenswerterweise hat die Aiwanger-Partei mit 14,6 % noch 4,4 % »Flugblatt-Opfer-Zugewinn« erzielt, weil offenbar die bayerischen Aiwanger-Wähler keine kritische Beziehung zum Holocaust haben.

Man erinnere sich: Mit dem Flugblatt wurden »touristische Ausflüge« in die Infrastruktur des KZ Auschwitz angeboten und man entblödet sich nicht, uns »Lausbubengeschichten« weiszumachen, obwohl der Verfasser nicht Lausbub, sondern 17 Jahre alt war und ein ausgeprägtes Gefühl für die »Auschwitzer

Technologie« bewies. Von dem Theologen Martin Niemöller, zunächst Nazi-Sympathisant, später im KZ, ist im UNITED STATES HOLOCAUST MUSEUM das folgende Zitat überliefert: Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

BERND C. SCHUHMAN

EU-Staaten aus der ehemaligen UdSSR :

Was ist mit den Menschenrechten?

In Lettland leben circa 20.000 Russen, von denen 5.000 noch keinen Sprachtest in lettischen Sprache nachgewiesen haben. Jetzt droht ihnen die Abschiebung, obwohl Lettland schon seit Jahrzehnten ihre Heimat ist.

Jetzt darf man wohl erwarten, daß die deutsche Außenministerin, als Sachwalterin von

feministischen und allgemeinen Menschenrechten bei dem EU-Staat intervenieren wird, sind doch die Menschenrechte frei von rassistischen, religiösen und nationalen Bedingungen, unverletzlich und unveräußerlich an die Würde des Menschen gebunden – oder?

BERND C. SCHUHMAN

Abschiebungen gefährden Leben!

Abschiebeversuch nach Rußland

In der Nacht vom 20. auf den 21. September stand die Polizei vor der Tür einer tschetschenischen Familie in der Flämingstraße im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde. Die Familie lebt bereits seit 2014 in der BRD. Die Polizisten wollten den Mann und die Frau der Familie abholen, um sie nach Rußland abzuschieben. Der bereits volljährige Sohn wäre allein zurückgeblieben. Die Familie war von der Aktion völlig überrascht, schien eine Abschiebung nach Rußland doch wegen des Krieges in der Ukraine zur Zeit als ausgeschlossen. Der Mann war in der Situation so verzweifelt, daß er mit seinem Selbstmord drohte. Daraufhin brach die Polizei die Aktion ab.

Bereits vor ein paar Tagen endete in Eberswalde ein Abschiebeversuch, nachdem ein Mann aus Angst vor der Polizei aus dem fünf-

ten Stock sprang und sich dabei lebensgefährlich verletzte. *»Die Abschiebeversuche versetzen die Geflüchteten, die in Eberswalde leben, in Angst und Schrecken. Das muß sofort ein Ende haben!«* so Thomas Janoschka von der Initiative Barnim solidarisch. *»Stattdessen brauchen die Menschen Sicherheit und klare Bleibeperspektiven.«* Völlig unverständlich sei es auch, warum die Behörden jetzt wieder beginnen, Menschen nach Rußland abzuschieben. *»Männer müssen in Rußland immer damit rechnen, zwangsweise in den Krieg in der Ukraine geschickt zu werden«,* so Thomas Janoschka. *»Wir fordern die Bundesregierung und die Brandenburger Landesregierung auf, sofort einen Abschiebestopp nach Rußland auszusprechen.«*

INITIATIVE »BARNIM SOLIDARISCH«



FOTO: JURGEN GRAMZOW

Die sonnenabendliche Schilderdemo an der Friedensbrücke in Eberswalde am 23. September.

Die Unfall-Ampel in Aktion

Sie streiten sich wie die Kesselflicker um die Kindergrundsicherung mit einem Zehntel der nötigen Beträge, um Bürgergeld, das frühere Hartz-IV, und über eine Mindestloohnerhöhung um 41 Cent. Sie haben kein Geld für die Altersrentner, die kaum die Lebensmittel, Strom- und Gaskosten bezahlen können, aber gaben für den Ukraine-Krieg bisher schon 24 Milliarden Euro aus. Vor allen vorangetrieben durch die olivgrüne Möchtegernkanzlerpartei. Sie reisen in die USA, um sich von dem alten weißen Mann in seinem gleichfarbigen Haus den Segen für die Ukraine-Hilfen zu holen. Das ist die auf Dauer-Grün geschaltete Ampel; man kann den Eindruck gewinnen,

der Regierungssitz befände sich in Ramstein! Kohls *»blühende Landschaften«* wollen sie bald durch ihre Kriegsbeteiligung zu *»glühenden Landschaften«* machen. Bis Ende 2023 überschreiten die BRD-Rüstungsexporte zehn Milliarden Euro, davon mehr als 3,5 Milliarden Euro für die Ukraine – mit der Akzeptanz des entsprechenden Blutzolls. Alles nur, weil die damals neue Bundesregierung vor Beginn des Ukraine-Krieges sich als total unfähig erwies, den Minsker Prozeß fortzusetzen.

Jetzt ist große Verwunderung bei der Ampel angesagt, daß in Bayern und Hessen von den Wählern die Ampel auf rot geschaltet wurde.

BERND C. SCHUHMAN

Kriegsschulden begleichen

Bereits 2022, als die russische Invasion begann, gehörten infolge der Historie ukrainischer Finanzwirtschaft dreißig Prozent der nutzbaren Landfläche US-Investoren bzw. US-Eigentümern, weil IWF-Kreditschuldforderungen ausgeglichen werden mußten. Tendenz steigend. Entsprechende Änderungen bezüglich der Regularien, was ausländischen Kapitalzugriff betrifft, waren lange umstritten, wurden aber zugunsten IWF-naher Gläubiger durchgesetzt. In Polen oder Ungarn wäre derartiges undenkbar. Dort darf regulär bis heute kein Ausländer ein Grundstück kaufen. Dies unterscheidet die nationalistisch unteretzten Staatsführungen dieser Länder wesentlich von der nationalistischen Ukraine. Man könnte auch sagen, bei der Ukraine handelt es sich um eine IWF-Enklave inmitten von Nationalstaaten.

THOMAS TOBLER

Meinungsmanipulation

Vor einiger Zeit gab es im ZDF eine mehrteilige Sendung über Meinungsmanipulation im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Als Expertin wurde Sarah Pagung interviewt, die sehr interessante Erkenntnisse präsentierte: *»Es kann sein, daß es komplette Falschinformationen sind. Es kann aber auch diese sehr tendenziöse Art von Informationen beinhalten. Also, daß sie nur ganz bestimmte Aspekte nutzt, während sie vielleicht die andere Seite der Geschichte, die einen ebenso großen Plausibilitäts- oder Wahrheitsgehalt hat, eben wegläßt... Das, worauf wir schauen müssen, ist am Ende nicht, sind fünf Prozent wahr, sind zehn Prozent wahr oder zwanzig Prozent oder manchmal vielleicht auch ein bißchen mehr, sondern welche Absicht, welcher politische Zweck, welcher Manipulationsvorsatz steckt dahinter.«*

Dem kann kaum etwas hinzugefügt werden. Wir erleben es täglich in den BRD-Medien. Natürlich übte sich hier das ZDF in Selbstanalyse oder gar Selbstkritik. Diese Sarah Pagung wurde als *»Rußland- und Sicherheitsexpertin«* vorgestellt und der selbstentlarvende ZDF-Mehrteiler trägt den Titel *»The Princess of Disinformation – Alina Lipp und Putins Krieg«*.

GERD MARKMANN

Zitiert:

Frieden ärgert

ES ÄRGERT MICH, WENN ICH IN BEDEUTENDEN TAGESZEITUNGEN KOMMENTARE LESE, DIE SAGEN, JETZT MÜSSE ... DOCH DER LETZTE VERSTANDEN HABEN, DASS MAN ÜBER FRIEDEN VERHANDELN MÜSSE ... SOLCHE KOMMENTARE, MORGENS BEIM KAFFEE, KÖNNEN EINEM WIRKLICH DEN TAG VORHER VERHAGELN.

BRD-Kriegsminister BORIS PISTORIUS (SPD) | 9

Ganzheitliche Ernährung (32)

Kennen Sie das? Anfallsartige, meist halbseitige und pulsierenden Kopfschmerzen? Oftmals noch begleitet von Symptomen wie Übelkeit, Erbrechen oder eine enorme Empfindlichkeit gegenüber Geräuschen oder auch Licht. Aber auch Appetitlosigkeit und Sehstörungen sind mögliche Symptome. Bei Aktivitäten kommt es zu einer Verschlimmerung. Und das ganze Geschehen kommt sehr oft periodisch wieder.

Die Rede ist von *Migräne*. Migräne ist deutlich mehr als Kopfschmerzen. Ein Migräneanfall wird in vier Phasen eingeteilt. In der *Vorphase* kann es zu Stimmungsschwankungen, Heißhungerattacken, Hyperaktivität oder auch zu einer erhöhten Reizbarkeit kommen. Auch Taubheitsgefühle, Abgeschlagenheit und Müdigkeit, sowie Lichtblitze, Sehstörungen und Verstopfung sind möglich.

Bei manchen Menschen geht dem Migräneanfall eine sogenannte *Migräneaura* voraus. Hierbei treten oftmals sensible Wahrnehmungsstörungen oder auch optische Wahrnehmungsstörungen auf. Auch motorische Störungen sind möglich. Aber auch ein Überschneiden mit den Schmerzen ist möglich.

Als drittes kommt dann die *Kopfschmerzphase*. Die Schmerzen nehmen meist langsam zu. Oft treten die Schmerzen nur einseitig auf, es ist jedoch auch möglich, daß die Schmerzen bei einem Anfall die Seite wechseln. Diese Phase kann bis zu 72 Stunden dauern.

Die letzte Phase ist die Rückbildungsphase. Die Beschwerden nehmen nun ab. Die Betroffenen sind nun meist müde und erschöpft. Eine vollständige Erholung kann bis zu 24 Stunden dauern.

Die genauen Ursachen einer Migräne sind bisher nicht bekannt. Da in einer Familie oftmals aber mehrere Personen betroffen sind, werden genetische Faktoren aber vermutet. Es gibt verschiedene Faktoren, sogenannte *Trigger*, die einen Migräneanfall auslösen können. So reagieren manche Menschen empfindlich auf bestimmte Lebensmittel, wie z.B. Alkohol, Käse, Schokolade oder Lebensmittel mit Glutamat. Auch ein gestörter Schlaf-Wach-Rhythmus kann zu einer Migräne führen. Typischerweise tritt der Migräneanfall nicht im größten Streß auf, sondern eher in der Entspannungsphase (*Wochenendmigräne*) oder in der Erwartung anstehender, großer Belastungen. Bei Frauen können Hormonschwankungen ein Auslöser sein. So erleiden viele Frauen einen Migräneanfall während des Eisprungs oder während der Periode. Aber auch Verhütungsmittel wie die Pille oder Hormonpräparate gegen Wechseljahresbeschwerden können Auslöser einer Migräne sein.

Demnächst erfahren Sie, wie Sie mittels Ernährung auf die Migräne einwirken können.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

20 Jahre Bürgerstiftung Barnim Uckermark:

Regional und lokal Zukunft gestalten

»Zwischen Krisenbewältigung und nachhaltiger Entwicklung«

Impulse zur Gründung der Bürgerstiftung Barnim Uckermark gingen vor 20 Jahren von Menschen aus, die sich aktiv für lokale Demokratie und lokale Nachhaltigkeitsstrategien stark machten. Dieses Engagement trägt uns bis heute.

Schon damals gab es einen großen Bezug zum Thema Bildung für Kinder und Jugendliche, was über die Jahre hin vielfältig ausgeprägte Aktivitäten hervorbrachte.

Mit einem Blick auf gesellschaftliche Herausforderungen und Trends wollen wir unsere Gestaltungsmöglichkeiten klären. Das trifft auf uns in der Einwanderungsgesellschaft genauso zu wie auf uns im Kontext der Klimaveränderung und der Bedrohung durch Krieg.

Wir fragen deshalb, wie kann die Bürgerstiftung Barnim Uckermark zur Zukunftssicherung beitragen.

Zur besseren Planung der Veranstaltung wird um Anmeldung bis zum 26. Oktober bei jahns@buergerstiftung-barnim-uckermark.de gebeten.

Spendengesuch: Im Zusammenhang mit 20 Jahre Bürgerstiftung Barnim Uckermark entwickeln wir einen Nachhaltigkeitsfonds, der Aktivitäten und die Beteiligung von Kindern und Jugendliche im Barnim und der Ucker-

mark unterstützen wird. Erstes Vorhaben dieses Fonds ist die Entwicklung des Grünen Klassenzimmers im Familiengarten Eberswalde. Das Vorhaben wird derzeit bereits von der EWE Stiftung, dem WiR Fonds der Volksbank Berlin und der Stadt Eberswalde sowie dem Landkreis Barnim unterstützt.

MARIETA BÖTTGER (Vorsitzende)
und KAI JAHNS (Geschäftsführer)

(K)eine Spendenempfehlung

Die BBP-Redaktion erreichen immer wieder Kommentare oder Anfragen mit Kritiken an verschiedenen veröffentlichten Spendenhinweisen. Wir weisen darauf hin, daß die BBP solche Spendenhinweise ausschließlich aufgrund von Leserbeiträgen veröffentlicht und keinerlei redaktionelle Verantwortung dafür übernimmt. Eigene Spendenempfehlungen sind entsprechend gekennzeichnet und betreffen im wesentlichen uns selbst. Denn selbstverständlich freuen wir uns am meisten über jene Spenden, die an die »Barnimer Bürgerpost« gehen. Allerdings werden diese nicht steuerlich subventioniert. Das mag für manchen Spender bedauerlich sein, unterstützt aber unseren Anspruch, unabhängig zu sein.

GERD MARKMANN, BBP-Redakteur

Spende des Vereins Gemeinsam Lichterfelde e.V.:

Eine zweite Sitzbank für die Bürger



Foto: SILVIA ZACHARIAS

Bei sonnigem Herbstwetter ist am 14. Oktober vom Dorfverein »Gemeinsam Lichterfelde e.V.« eine Sitzbank im Ortskern nahe der Lichterfelder Einkaufsquelle errichtet worden.

Gespendet wurde sie von Mitgliedern des Vereins, Dr. ANDREAS STEINER sowie ADINA und FALK HINNEBERG. Gefertigt vom Finowfurter Wildholztischler MANFRED WOITAS ist dies die zweite Bank aus witterungsbeständigem Robi-

nienholz, die der Verein den Bürgern zur Verfügung stellt. Die erste Bank fand im vorigen Jahr auf der Verkehrsinsel der Buswendschleife am Ortseingang ihren Platz.

Begleitet wurde die Einweihung mit Kaffee und Kuchen für alle 22 Teilnehmer. Gemütlich unter einem Pavillonzelt kam dabei fast schon Volksfeststimmung auf.

SILVIA ZACHARIAS, Gemeinsam Lichterfelde e.V.

Landwirtschaft im Moor

Am 12. Oktober führte die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) eine Abschlusveranstaltung zweier Forschungsprojekte mit Technikvorführungen im Brandenburgischen Treuenbrietzen (Landkreis Potsdam-Mittelmark) durch.

Positive Auswirkungen sehr feuchter bis nasser Moorbewirtschaftung auf die Biodiversität wurden hervorgehoben und technische Lösungen für bodenschonende Bewirtschaftung im Gelände präsentiert.

Prof. em. Dr. MICHAEL SUCCOW, Biologe, Agrarwissenschaftler und Moor-Ökologe, hob gleich zu Beginn die Bedeutung der Moore und weiteren kohlenstoffreichen Böden in Deutschland hervor, die eine Fläche von rund 1,9 Millionen Hektar einnehmen. Dr. SANDRA SKOWRONEK vom Bundesamt für Naturschutz und Staatssekretärin ANJA BOUDON aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) Brandenburg betonten die Wichtigkeit praxisnaher Forschung.

Der Großteil der Moore wird deutschlandweit für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung entwässert. Durch eine Anhebung der Wasserstände kann den negativen Wirkungen auf Boden, Gewässer und Klima entgegen gewirkt werden, aber auch positive Effekte zur Förderung und Erhaltung der biologischen Vielfalt erzielt werden. Die durch höhere Wasserstände entstehenden Bedingungen gehen mit neuen Herausforderungen für die Landbewirtschaftung einher. Informiert wurde dazu ein breites Publikum aus Praxis, Forschung und Verwaltung im Rahmen von Vorträgen und Diskussionsrunden. Traktoren mit Breitbereifung und leichten Anbaugeräten, praxisbewährte Kleintechnik und echte Neuheiten wurden vorgestellt.

Für eine zukunftsfähige Moorbewirtschaftung sind Wirtschaftlichkeit als auch der Erhalt der Artenvielfalt von Beginn an zu berücksichtigen. In dem Projekt »PaluDivers« wurden fußend auf den bisherigen Erfahrungen Maßnahmen zur Förderung der Lebensraumqualität für feuchtgebietstypische Arten herausgearbeitet und als Katalog für die diversen sehr feuchten bis nassen Bewirtschaftungsformen zusammengestellt.

Nutzung der Flächen als Grünland oder in Anbauverfahren ist auch bei höheren Wasserständen möglich und insbesondere mit Blick auf die Produktion nachwachsender Rohstoffe anzustreben. Dazu bedarf es technischer Anpassungen wie z.B. an die geringeren Tragfähigkeiten der Böden, die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung der Förderrichtlinie »ProMoor« vom MLUK untersucht wurden.

ULRICH WESSOLLEK



Das Wasser in der Landschaft halten – das könnte auch manchem See gut tun.

Klimainitiativen vorgestellt (4):

Klima AG am

»Humboldt«-Gymnasium

Die Klima AG am Humboldt-Gymnasium besteht seit dem Herbst 2021. Eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern um RAHEL ZIMMERMANN und CHARLOTTE WALTER hatte die AG in Eigeninitiative gegründet. Die beteiligten Schüler verschiedener Jahrgänge organisieren sich und ihre **Aktivitäten zu den Themen Klimakrise und Klimagerechtigkeit** selbständig. Ausgangspunkt war ihre Unzufriedenheit mit dem Lehrplanangebot zur Klimaproblematik. Sie entschieden sich daher, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Seitdem werden Ursachen und Folgen der Klimaveränderungen in Flyern, Vorträgen, Infoplatkaten und mit Aktionen für die Mitschülerinnen, Mitschüler und weitere Interessierte anschaulich erklärt. In diesem Jahr stehen Workshops und ein Projektnachmittag auf dem Programm, die helfen sollen, von der Theorie ins Handeln zu kommen.

Von den Barnimer Bündnisgrünen erhielt die AG den Umweltpreis für 2022.

THORSTEN KLEINTEICH

Benjeshecken-Bau

Die Umweltschutzinitiative »Ahrensfelde summt!« und der »Regionalpark Barnimer Feldmark e. V.« laden alle Naturbegeisterten ein, an Umweltschutzprojekten teilzunehmen. Nach einer Baumpflanzaktion am 13. Oktober in Blumberg gibt es am 21. Oktober eine weitere Möglichkeit, aktiv zum Erhalt der Natur beizutragen und die lokale Umwelt zu schützen. Ab 10 Uhr wird die Gemeinde Ahrensfelde im Rahmen der Umweltschutzinitiative »Deutschland summt!« und in Zusammenarbeit mit dem Regionalpark neben dem Regenrückhaltebecken an der Buswendeschleife in Klarahöh eine Benjeshecke aufschichten. Diese sind nach dem Gärtner HERMANN BENJES benannt und bestehen aus aufgeschichteten Ästen und Zweigen, in deren Schutz im Laufe der Zeit Gehölze und andere Pflanzen aufwachsen können. Dies schafft einen wichtigen Lebensraum für verschiedene Tiere wie Igel, Kröten, Vögel und Wildbienen. Zudem wird eine natürliche Sicherung und Windschutz für bepflanzte Flächen geschaffen.

Die Gemeinde Ahrensfelde ermutigt die Bürger zur aktiven Teilnahme, denn so findet Schnittgut aus dem eigenen Garten eine nachhaltige Nachnutzung und muß nicht auf einer Deponie entsorgt werden. Zudem wird gemeinsam ein neuer, naturnaher Lebensraum in unserer unmittelbaren Umgebung erschaffen. Von 10 bis 12 Uhr kann das Schnittgut in Klarahöh abgegeben werden.

SABINE BÜTTNER | 11

S-Bahn Bernau – Buch:

Priorität für 10-Minuten-Takt

Bernau (bbp). Jahrelang haben sich die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler und deren Bernauer Wahlkreisabgeordneter PÉTER VIDA für den 10-Minuten-Takt der S-Bahnlinie S2 stark gemacht. Nun gibt es konkrete Erfolge.

In einer mündlichen Anfrage an die Landesregierung wollte Vida im September wissen, wann mit der Einführung zu rechnen sei. »Zu unserer freudigen Überraschung«, so der Landtagsabgeordnete, »berichtete Verkehrsminister Guido Beermann (CDU), daß sich die Länder Berlin und Brandenburg innerhalb des Projekts i2030 darauf geeignet haben, den 10-Minuten-Takt der S2 zu priorisieren«.

Minister Beermann sagte: »Sie, Herr Abgeordneter Vida, haben sich ja auch unermüdlich in der Vergangenheit für diese Strecke eingesetzt, und der Ausbau für einen betrieblich stabilen Zehn-Minuten-Takt konnte bereits in der zweiten Tranche in der Sammelvereinbarung

plaziert werden und befindet sich somit in der Phase der Vorplanung.« Die Ergebnisse für diese Vorplanung werden Ende 2025/Anfang 2026 erwartet. Mit dieser Priorisierung signalisiere die Landesregierung deutlich, daß der Abschnitt zwischen Buch und Bernau eine hohe Bedeutung für die Entwicklung des Nahverkehrs hat.

»Das ist im Vergleich zu den bisherigen Verströnungen der vergangenen Jahre«, freute sich PÉTER VIDA, »endlich mal eine positive und konkretere Nachricht für Bernau und Panketal. An keinem anderen Außenast des S-Bahn-Netzes wohnen so viele Menschen und ist die Realisierung des 10-Minuten-Taktes vergleichsweise so einfach. Ich werde auch weiterhin Druck machen, daß die Landesregierung ihre Zusagen einhält und die dringend erforderliche Taktverdichtung bald kommt. Es zeigt sich, daß es sich lohnt, hartnäckig zu bleiben«, so Vida.

Gedanken am 3. Oktober 2023: *Mauerbau unumgänglich*

Wenn das so weitergeht, wird die Mauer wahrscheinlich wieder gebaut werden, aber von den Westdeutschen diesmal, um den »AfD-Sumpf trockenulegen«. Das wäre dann ein weiterer Grund für die endgültige Abspaltung und die Hinwendung zum Osten, nämlich Rußland. Die Russophobie sitzt so tief im Westen, die merken das gar nicht, wie sie das Land ruinieren. Kein Nord-Stream mehr? Ist natürlich der Russe schuld! Der Krieg? Haben die Russen angefangen, insbesondere der böse »Satan« Putin höchstpersönlich. Amerika? Unsere Freunde! Und Kiew muß natürlich weiter bis zum Endsieg kämpfen ...

Die »Demokratie« im antiken Athen war seinerzeit, das lernte man einst im Geschichtsunterricht – zumindest im Osten – aber nur etwas für die privilegierten, sogar nur männlichen freien Bürger der Stadt Athen.

Das war also eine Elitendemokratie, wie wir sie jetzt hier bei uns auch haben. Meinung hat nur zu sein, was die »Tagesschau« verkündet. Alles andere ist Feindpropaganda oder Agitation von Extremisten, wo polizeiliche Maßnahmen erfolgen müssen. Richtige Demokratie eben ...

Die Grünen haben Berlin verloren, sie werden auch nächstes Jahr in Brandenburg verlieren, von der SPD ganz zu schweigen. Ob die SPD dann in der Mark noch den Ministerpräsidenten stellen kann, wird fraglich sein. Vielleicht gibt es dann eine Allparteien-Anti-AfD-Koalition unter Führung der CDU? Die kann es sich aber auch einfach machen, und ein Zweierbündnis mit der AfD eingehen, Shitstorm hin oder her. Überschneidungen gibt es sowieso. Dann gäbe es allerdings einen Ministerpräsidenten der AfD. Und in Sachsen sowieso. Dort werden sie wohl bald bei 50 Prozent sein ...

Also wird um eine neue Mauer kein Weg herumführen. Dann bekommen die Osis eben keine Bananen mehr und keine Westautos, kein Persil und keine Sarotti-Schokolade. Berlin wird wieder eine geteilte Stadt, bloß die Besuchertribünen an der Mauer werden dann auf der Ostseite stehen und man wird mit Fingern auf die russophoben Wessis zeigen. Nord-Stream wird wieder repariert werden und die Computer werden alle auf russisches Linux umgestellt, damit der Klassenfeind nicht weiter rumspionieren kann. LGBTQ-Propaganda wird verboten, junge Paare bekommen wieder bevorzugt Wohnungen inklusive Staatskredit. Die Mieten werden wieder bezahlbar und es wird genug Arbeit für alle geben. Das wird passieren, wenn man den Osten ausgrenzen will. Wollen es unsere westdeutschen Brüder und Schwestern wirklich darauf ankommen lassen?

JÜRGEN GRAMZOW

Landbesitzer fürchten Renaturierung

Potsdam (bbp). Das Kernziel der sogenannten Renaturierungsverordnung der EU bestehe in der »Wiederherstellung« geschützter Lebensraumtypen. Die bereits seit Jahrzehnten in der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geltenden Schutzmaßnahmen sollen erweitert werden.

Der Verein FORUM NATUR BRANDENBURG E.V. – ein Zusammenschluß von Interessenverbänden in Brandenburg für Waldbesitzer, Land- und Forstwirtschaftsbetriebe, Jäger, Fischer und Angler – macht darauf aufmerksam, daß die erweiterten Schutzmaßnahmen »sich unter anderem auf die Habitate aller in der EU heimischen Vogelarten, unabhängig von ihrem Erhaltungszustand beziehen und willkürliche Beschränkungen aller Formen der Landnutzung ermöglichen«.

Es gebe einen gesellschaftlichen Konsens für mehr Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Artenvielfalt, was aber die ausreichende Produktion regional erzeugter Lebensmittel, natürlicher Bau- und Industriestoffe und erneuerbare Energien voraussetze, argumentiert der Vorsitzende der FAMILIENBETRIEBE LAND UND FORST BRANDENBURG Rudolf Hammerstein. »Wenn wir die Landnutzung innerhalb der EU jedoch weiter einschränken, werden wir die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei zunehmend in Länder mit wesentlichen niedrigeren Umweltstandards verlagern und so die negativen Folgen für die Umwelt vergrößern.«

Auch der Präsident des LANDESJAGDVERBANDES BRANDENBURG Dr. Dirk-Henner Wellershoff sieht die neue EU-Verordnung kritisch: »Bei vielen Tierarten war das europäische Artenschutzrecht bereits erfolgreich. Kranich, Seeadler und Fischotter galten einst als stark gefährdet oder waren vom Aussterben bedroht. Heute sind sie wieder flächendeckend vertreten. Das Gleiche gilt für Kormoran, Biber und Wolf, die in Brandenburg längst einen günstigen Erhaltungszustand erreicht haben und teils erhebliche ökologische und ökonomische Schäden verursachen.« Nun auch pauschal die Lebensräume dieser Arten unter besonderen Schutz

stellen zu wollen, zeige die Unsinnigkeit des Gesetzesvorhabens.

Henrik Wendorff vom LANDESBÄUERNVERBAND BRANDENBURG ergänzt: »Eine Vielzahl der schutzbedürftigen Tier- und Pflanzenarten ist auf die Kulturlandschaft und damit auf die verschiedenen Formen der Bewirtschaftung angewiesen. Deshalb brauchen wir einen integrativen Naturschutz, der mit einer nachhaltigen Landnutzung einhergeht. 'Schützen durch Nutzen' ist vor allem in dichtbesiedelten Ländern wie Deutschland das Mittel der Wahl, um die Erzeugung bezahlbarer Lebensmittel und den Erhalt der Biodiversität in Einklang zu bringen.«

Sofern der Verordnungsentwurf im EU-Parlament eine Mehrheit findet, würde das »Natur Restoration Law« voraussichtlich im kommenden Frühjahr, nur wenige Wochen vor den Kommunal- und Europawahlen und lediglich ein paar Monate vor den Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg in Kraft treten. »Falls man in Brüssel beabsichtigt, die Frustration und Politikverdrossenheit noch weiter zu steigern und europakritischen Populisten Wahlkampfunterstützung zukommen zu lassen«, faßt Forumspräsident Gernot Schmidt die Stimmung seiner Mitglieder zusammen, »ist man mit dem derzeitigen Verordnungsentwurf auf dem richtigen Weg. Wer aber ein auf richtiges Interesse an einem starken ländlichen Raum und einem sachlichen politischen Diskurs hat, kann dem vorliegenden Entwurf der Renaturierungsverordnung nicht zustimmen. Naturschutz funktioniert nur mit und nicht gegen die Menschen.« Schmidt appelliert an die Abgeordneten im Europaparlament, dies bei ihrer Entscheidung zu bedenken und sich für eine inhaltliche Überarbeitung des Entwurfs einzusetzen.

Die BRDDR-Hymne im Radio Ginseng

Es ist die spektakuläre Geschichte eines (West-)Berliner TV-Produzenten, etwas Außergewöhnliches zu schaffen: und zwar eine gemeinsame deutsche Hymne – gestaltet aus den beiden deutschen Nationalhymnen. Schon 1987/88 hatte Dietmar Püschel, erfolgreich im Medien- und TV-Geschäft, die Idee dazu. Angeregt vom Besuch Erich Honeckers in Bonn im Herbst 1987 wollte Püschel »einen Beitrag zur deutschen Annäherung leisten«. Mit seiner Idee blitzte Püschel allerdings bei Honecker ab.

Püschel ließ nach der Wende nicht locker. Er besorgte sich alle Rechte und produzierte aufwendig mit eigenen Mitteln eine gemeinsame Hymne, indem er Text und Melodie von

»Auferstanden aus Ruinen« und »Einigkeit und Recht und Freiheit« kombinierte. Dann bot Püschel das Liedprojekt 1990 Bund und Ländern an. Die Antwortschreiben der Politiker sind in einer repräsentativen Box aufgeführt. Die Hymne ist produziert worden mit Orchester und Chor, ebenso in einer poppigen Version, gepreßt auf CD und LP. Mitwirkende waren damals unter anderem das Rundfunkorchester Berlin, der Rundfunkchor Berlin, Anke Lautenbach und die Modern-Soul-Band.

Premiere auf Radio Ginseng: Auf Radio Ginseng wurde diese neue Hymne Anfang Oktober zum ersten Mal überhaupt im Radio gespielt.

MATTHIAS LOKE (www.radioginseng.de)

Ein Altonaer Rotfrontkämpfer in Bernau

Am 10. September wurde in Bernau am Denkmal für die Opfer des Faschismus (OdF) vor dem Bahnhof an die Verfolgten des deutschen Faschismus gedacht (BBP 9/2023). Einer der Redebeiträge widmete sich dem Hamburger Kommunisten und Funktionär im Rotfront-Kämpferbund (RFB) Wilhelm Mecklenburg:

WILHELM MECKLENBURG fand hier auf dem Bernauer Friedhof seine letzte Ruhestätte. Eine Grabplatte mit seinem Namen und dem Todestag findet sich noch heute dort.

Willi – wie er von seinen Genossen und Mithäftlingen genannt wurde – ist am 1. Oktober 1889 in Hamburg-Altona geboren. Er wurde Seemann und war bereits 1920 Mitglied der KPD und dann auch politischer Leiter im Rot-Frontkämpfer-Bund. Dabei läßt sich auch ein Bezug zu dem Hamburger Arbeiterführer Ernst Thälmann vermuten.

Aufgrund seines politischen Engagements gegen den aufkommenden Faschismus in Gestalt der NSDAP wurde er bereits 1932, noch unter der »Weimarer Republik«, verhaftet und von einem Altonaer Sondergericht am 31.8.1932 zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 19. September gleichen Jahres erfolgte auf Weisung des Oberstaatsanwalts die Überstellung Mecklenburgs ins Moorlager Papenburg. Dort verbrachte er die Haft als »Moorsoldat« mit vielen Gleichgesinnten. So auch der Reichstagsabgeordnete Ernst Schneller, den mein Vater noch als Lehrer erlebte und dessen Namen meine Schule an seiner Schwarzenberger Wirkungsstätte trägt.

Zurück zu Wilhelm Mecklenburg: Unmittelbar nach Ende seines Zuchthausaufenthaltes in Papenburg 1938 wurde er in das Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht, wo er unter anderem im nahe gelegenen Klinikwerk schuften mußte.

Am 4. April 1945 fand ein Fliegerangriff statt und die Häftlinge versuchten, durch den Stacheldraht diesem Inferno zu entkommen. Doch Wilhelm Mecklenburg erlitt durch Phosphorbomben Brandwunden. Schüsse des SS-Wachpersonals verletzten ihn zudem an der Schulter und am Bein. Mithäftlinge trugen ihn zurück ins Krankenrevier des Stammlagers. So entging er dem späteren Todesmarsch der KZ-Insassen. Er verblieb, wie etwa 3.400 weitere Kranke im Hauptlager, als Soldaten der 1. Polnischen Armee und der 47. Armee der 1. Belorussischen Front am 23. April 1945 das Konzentrationslager befreiten. Sie forderten die Häftlinge auf, das Lager zu verlassen, weil mit einem Gegenangriff der SS zu rechnen war. Der größte Teil der Häftlinge marschierte daraufhin nach Bernau.

Auch Wilhelm Mecklenburg schloß sich diesem Treck an. Dies bezeugte am 19.8.1945 in Hamburg sein Mithäftling Erich Herden.

In Bernau verbrachte Mecklenburg nur etwa 12 Tage in einem Gasthof in der Breiten Straße 4. Auf Grund seiner Verletzungen kam er dann in das Bernauer Krankenhaus, wo er

nach circa 2 Wochen vermutlich aus Mangel an Medikamenten und Therapiemöglichkeiten, am 6. Mai 1945 verstarb. Auf Veranlassung des Bernauer Bürgermeisters erfolgte seine Bestattung auf dem hiesigen »Neuen Friedhof«.

In einem Schreiben der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Hamburg« vom 10.7.1950 an das Generalsekretariat der VVN in Berlin, Schönhauser Str. 1, ist zu entnehmen, daß die Witwe des ehemaligen Rot-Front-Kämpfers Anträge auf Hinterbliebenenrente nach der »Eigenunfallversicherung« und dem »Sonderhilfsrentengesetz für die Opfer des Faschismus« gestellt hatte. Von der zuständigen Behörde in Hamburg wurde aber bezweifelt, dass ihr Ehemann nach 13-jähriger Lagerhaft und den Schußverletzungen durch die Lagerwache an den Folgen »nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen« zu Tode gekommen wäre.

Das Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit im Gefolge der von den deutschen Faschisten verursachten Jahrhundertkatastrophe wird von den Überlebenden gestaltet. Da stellt sich die Frage: Wer waren diese Akteure im Hamburg des Jahres 1950?

Wir erinnern und Gedenken derjenigen, deren Hoffnung wahr wurde und die doch nicht überleben konnten.

REINHOLD LANG



Grabstätte auf dem »Neuen Friedhof« in Bernau mit ergänzender Tonplatte aus den 90er Jahren.

Bestseller-Lesung

Harald Jähner in Panketal

Am Freitag, den 17. November, liest der im Barnim lebende Autor HARALD JÄHNER (Foto) aus seinen Büchern »Höhenrausch« (2022) und »Wolfszeit« (2019). Im Rahmen des bundesweiten Vorlesetages 2023 ist der Germanist, Historiker und Publizist erstmals Gast der »Kunstbrücke Panketal«.



FOTO: BARBARA DIETL

Mit »Wolfszeit« legt Jähner eine eindrucksvoll erzählte Geschichte der ersten zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des »tausendjährigen« Reiches vor, in der Geschichte durch Geschichten lebendig wird. Unzählige Puzzleteile ergeben ein ebenso detailliertes wie vielschichtiges Bild vom Leben in einer Zeit, in der alles Alte zerstört und diskreditiert war und neue Wege beschritten werden mußten.

Mit der Faszination des Spätgeborenen lernt man auch in »Höhenrausch« eine Zeit kennen, in der das traditionelle Leben aus den Fugen zu geraten schien: Mit den heimkehrenden Soldaten kam der Krieg 1918 zum ersten Mal richtig nach Deutschland. Das Ende des Kaiserreichs und die Wirren der Revolution, und viel mehr schildert Harald Jähner einerseits mit dem Blick des Historikers, andererseits macht der Autor immer wieder deutlich, daß die damals Handelnden nicht wußten, wie sich die nahe Zukunft entwickeln würde.

• Wo: Gemeindehaus St. Annen, Schönower Straße 76, 16341 Panketal

• Wann: Freitag, 17. November ab 19 Uhr

• Eintritt 7 Euro, bitte reservieren unter www.kunstbrueckepanketal.de

(bbp-ber)

Bernau mit Label »StadtGrün naturnah« in Silber

Bernau (prest-ber). »StadtGrün naturnah« – mit diesem Label darf sich Bernau ab jetzt schmücken. Am 28. September nahmen Baudezernentin Dunja Marx und Ivonne Bartaune, Sachgebietsleiterin Grünunterhaltung, die Ehrung für ein ökologisches Grünflächenmanagement in Bernau entgegen. Insgesamt 65 Städte und Gemeinden in der

BRD tragen das Label, wobei Bernau im Nordosten als einzige Kommune das Label führt. Das Label würdigt den Einsatz für die biologische Vielfalt auf innerstädtischen Flächen und zeichnet vorbildliches Engagement auf kommunaler Ebene aus. Im Einsatz für die Natur werden dabei auch kreative und innovative Wege gegangen.



Natürlich kamen eher interessierte Eltern mit ihren Sprößlingen, um sich ein Bild von dieser recht abgelegenen Schule zu machen. Aber gelegen mitten im vornehmen Villengebiet der Rudolf-Breitscheid-Straße und einen Steinwurf vom Fritz-Lesch-Stadion entfernt, ist aber für Jugendliche durchaus zu Fuß erreichbar, wenn sie vom Bahnhof kommen

Genau wie bei Lorient!

»Tag der offenen Tür« in den Oberbarnimschulen

Eberswalde (jg). Die plakatierte Einladung an der Friedrich-Ebert-Straße nahm der Gast gerne an und war den ersten Freitagmittag im Oktober mit dem Rad pünktlich beim großen Fest dabei.

oder vom Karl-Marx-Platz, wo der Obus hält. Zuerst geleitete den Gast eine Vierzehnjährige im Einheitsdreß zum Sekretariat, weil es sein Wunsch war. Von der siebten bis zur zehnten Klasse wird hier eine einheitliche Kleidung getragen, dunkelblau mit Logo, die einem Sportanzug ähnelt. Die Abiturienten sind dann frei in der Kleiderordnung.

Der Gast erkundete nach dem Gespräch mit der Sekretärin das Schulgebäude auf eigene Faust, traf auf Schüler, die für eine Abschlusssfahrt nach Südtirol sammelten – es gingen Kuchen mit und Rumkugeln (ohne Alkohol) – unterhielt sich mit einem Informatiklehrer, der früher auf der Schiffswerft Oderberg Programmierer war und ließ sich das kindgerechte Programmiertool zeigen, das zur Zeit frei verfügbar ist, erkannte die Grenzen des Machbaren in diesem schulischen Metier und sah einem künstlerischen Eignungstest im Kunstkabinett zu. Man muß bei allem dazusagen: es ist eine Privatschule und wie dem Gast die Schüler bestätigten, zahlten die Eltern bis vor kurzem einen monatlichen Betrag von 150 Euro. Ob das kostendeckend ist und ob die

Schule noch öffentliche Zuschüsse bekommt, war auf die Schnelle nicht zu erfahren.

Jedenfalls, aus dem zweiten kleineren Gebäude tretend, erscholl vom Hofpavillon der Ruf: »Bratwurst!!!« und der Gast hatte noch Platz im Magen, bezahlte seinen Obolus und bestellte eine mit Senf. Die Bratwurst verspeisend, wurden gleich die Abiturienten ausgefragt, von wo sie denn alle herkommen? Aus Biesenthal, aus Finowfurt, aus Joachimsthal, aus Oderberg und natürlich aus Eberswalde.

Offenbar tunkte der Wißbegierige seine Nase zu tief in den Senf, während er so daherfragte, was er nicht bemerkte. Ein junger Mann sah sich genötigt, darauf hinzuweisen ... ein Tupfer mit der Serviette, aber offenbar reichte das nicht. Es muß wirklich hübsch ausgesehen haben, denn eine junge Dame wandte sich vor Lachen ab. Es war wie mit der Nudel bei Lorient, meinte der Besucher, falls die jungen Leute schon über soviel Allgemeinbildung verfügen. Also ein lustiger Abschied von den Oberbarnimschulen, wo offenbar junge gewaltbereite provozierende Testeroniker nicht zu finden sind. Ein Glück!

DDR-Presse digital

Das Projekt ist Teil des ZEitungsinFormationsYStems (ZEFYS) der Staatsbibliothek zu Berlin. Folgende DDR-Tageszeitungen wurden digitalisiert und im Volltext erschlossen:

- Neues Deutschland (ND) (23.4.46 - 3.10.90)
- Berliner Zeitung (BZ) (21.5.45 - 31.12.93)
- Neue Zeit (NZ) (22.7.45 - 5.7.94)

Neben den digitalisierten Zeitungsausgaben werden vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) Einführungs- und Hintergrundtexte zum Pressesystem der DDR zur Verfügung gestellt. Diese Beiträge und Materialien sind mit den Zeitungsausgaben verknüpft. So kann auf biographische Informationen und auf ein Glossar und Abkürzungsverzeichnis zur spezifisch ostdeutschen Mediensprache zugegriffen werden.

Das Projekt findet sich im Internet unter zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse.

(kd)

Kooperationsvereinbarung erneuert

Eberswalde (prest-ew/bbp). Der Unternehmer Philip Rosenthal sagte einst »Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein«. Ganz im Sinne dieses Zitates wollen die Grundschule Finow und der angrenzende Hort »Kleiner Stern« ihre langjährige Zusammenarbeit auch künftig fortführen.

Am 19. September unterzeichneten Bernd Schlüter (Dezernent für Soziales, Bildung und Kultur der Stadt Eberswalde), Doreen Bartsch (Hortleiterin des Hortes KLEINER STERN) sowie Karsten Boldt (Schulleiter der Grundschule Finow) die Erneuerung der Kooperationsvereinbarung der beiden Bildungseinrichtungen. Die Partnerschaft zwischen Lehrkräften und pädagogischem Fachpersonal hat sich als Erfolgsmodell erwiesen.

Seit dem Jahr 2000 teilt man nicht nur einen gemeinsamen Standort, man unterstützt sich auch bei fachspezifischen Fragen,

agiert zusammen bei verschiedenen Projektvorhaben und organisiert gemeinsame Feste und Feiern. So fand auch die Unterzeichnung der neuen Kooperationsvereinbarung im Rahmen des traditionellen »Kennenlernfestes« für die Schulanfänger im Hort statt. Dabei sollen sich die Kinder der ersten bis vierten Klasse kennenlernen.

Auch bei den Eltern findet die Kooperation große Zustimmung, denn schon seit Jahren folgt man hier dem Motto »Schule und Hort an einem Ort«.

Für viele der Eltern, die ihre eigene Schulzeit noch in der DDR absolvierten, sind die Gemeinsamkeiten von Schule und Hort indes keineswegs neu. Unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zur BRD wurde das bewährte enge Zusammenwirken von Schule und Hort erst einmal weitgehend abgeschafft. Die Kindertagesstätten wurden von Bildungseinrichtungen zu bloßen »Kinderaufbewahrungsanstalten« degradiert. Es blieb anfangs den Erzieherinnen und Erziehern der einzelnen Einrichtungen überlassen, durch ihr Engagement die Kinder nicht nur zu betreuen, sondern auch zu bilden. Später wurde dann das Rad neu erfunden, wofür sich die Verantwortlichen feiern lassen.

RotFuchs Förderverein e.V., Regionalgruppe Bernau und Umgebung

Wir laden ein zur Lesung und zur Diskussion am 21.10.2023, 15 Uhr, mit Klaus Linder.

Unser Thema: *Faschismus – Herrschaftsform der Gewalt und des Terrors. Ein Instrument der NATO-Staaten? Überlegungen zum Aufbau antifaschistischer Strategie und Aktionseinheit.*

Ort: Treff 23, Saal 1, Breitscheidstr. 43A, 16321 Bernau bei Berlin, Eintritt frei!

KLAUS-DIETER JÄSCHKE

PIN Klischee – eine Dokumentation

Die PIN AG in Berlin arbeitet mit BBH Stempeln mit vielen Werbeklischees. Dank ULRICH POFAHL gibt es nun eine Dokumentation über PIN Berlin mit Darstellung der BBH Stempel.

Die ARBEITSGEMEINSCHAFT PRIVATPOST MERKUR e.V. führt die Dokumentationen des FREUNDKREISES SAMMLER DER PIN MAIL fort. Die Dokumentation *PIN Klischee* baut auf den Sammlungen von HANS-DIETER GRASSNICKEL und HEINZ POHL auf, beides aktive Sammler seit Beginn der Liberalisierung des Postmarktes um 2000. Einbezogen wurde die Ausarbeitung von KARL-HEINZ KRIEBISCH. Mitglieder der Sammlergruppe haben Belege ergänzt.

Bei den Stempeln wurden Leitvermerke und Kooperationskennzeichnungen abgebildet. Die vorliegende Dokumentation liefert eine postgeschichtliche Aussage. Die Werbeklischees der BBH Stempel sind nun fast 20 Jahre im Einsatz und sie zeigen die technische Entwicklung der Frankiermaschinen und die veränderten Werbegewohnheiten. Diese Dokumentation spiegelt Zeitgeschichte wieder.

Die Bücher sind für 35 Euro im Buchhandel erhältlich und können beim Verein portofrei bestellt werden. Mitglieder erhalten das Buch bis Jahresende zu einem Vorzugspreis.

AG Privatpost Merkur e.V.

Otto Nagel in Eberswalde

Eine besondere Ausstellung im Museum Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Am 20. Oktober wird um 18 Uhr die Ausstellung »*Otto Nagel in Eberswalde*« im Museum Eberswalde eröffnet.

Ein Jahr lang, bis zum 13. Oktober 2024, werden 15 Gemälde aus der Kunstsammlung der Akademie der Künste Berlin gezeigt, darunter Stadtansichten von Berlin, Porträts aus dem Zyklus »*Der neue Mensch*« sowie Blumenmotive. Zwei weitere Werke Otto Nagels aus Privatbesitz ergänzen die neue Ausstellung, für die im Dachgeschoß des Museums ein neuer Galeriebereich entstand.

Aufgrund seiner bereits erfolgreich präsentierten und sehr gut frequentierten Kunstaussstellung »*Otto Nagel – Menschensucher und Sozialist*« wurde das Museum Eberswalde von Frau Dr. ROSA VON DER SCHULENBURG, Leiterin der Kunstsammlung der Akademie der Künste

Berlin, als dauerhafter Ausstellungsort für die Werke des Berliner Künstlers ausgewählt. So kam es zur zweiten Otto-Nagel-Ausstellung.

»*Es ist Ausdruck der Wertschätzung der Rahmenbedingungen in unserem Museum, daß wir für diese Ausstellung ausgewählt wurden. Mit der Idee, zusätzlich zu unserer Dauerausstellung Werke von herausragenden Künstlern zu präsentieren, avanciert das Museum der Stadt Eberswalde zu einem vielbesuchten Ausstellungsort für Kunst aus der Region Berlin-Brandenburg. Das zeigt, daß hier bei uns etwas richtig Gutes entsteht*«, so Birgit Klitzke, Leiterin des Museums.

Das Museum Eberswalde befindet sich in der Steinstraße 3 und ist von Dienstag bis Sonntag jeweils von 10 bis 13 Uhr und 14 bis 17 Uhr geöffnet.

BBP-Bücherkiste

In unserer vierten Bücherkiste finden sich Angebote aus den Nachlässen von Norbert Glaske und unseres 2012 verstorbenen Vereinsmitglieds Udo Markmann. Hinzu kommen weitere Bücher von BBP-Autoren.

Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16). Ausgeliefert wird einmal im Monat, immer zusammen mit der jeweils aktuellen BBP.

• **Margot Moldenhauer (Leiterin des Autorenkollektivs): 70 Jahre Clara-Zetkin-Siedlung. Eine Chronik**, Siedlergemeinschaft Clara-Zetkin-Siedlung e.V., Eberswalde 2004, 5 Euro.

• **Jan Hofer im Gespräch mit Heinz Florian Oertel: Ein Leben für den Sport**, Verlag Das neue Berlin, Berlin 2012, Spende.

Heinz Florian Oertel – die Stimme des Sports, Starreporter, Moderator, Kolumnist, Buchautor. Ein Publikumsliebbling und ein Mann, der kritische Worte nicht scheute und sich selbst der Kritik ausgesetzt sah. Jan Hofer befragt Oertel zu den Stationen und neuralgischen Punkten seines Lebens. Ein aufrichtiger Rückblick, bei dem der Leser in den Genuß vieler schöner Anekdoten kommt.

• **Liselotte Welskopf-Henrich: Stein mit Hörnern**, 3. Teil der Pentalogie »Das Blut des Adlers«, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 1968, Berechtigte Ausgabe für den buchclub 65, Spende.

Prärie und Blockhaus, Verwaltungssiedlung und Dienstzimmer, Slums und Busch, Krankenhaus, Rodeo-Arena, Texasranch, Zauberkelt und Jagdrevier sind die Schauplätze der leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Indianerstammes und des zutiefst menschlichen Werdegangs jedes Einzelnen. Die Charaktere scheiden sich, die Kämpfe fordern Opfer, auch unter jungen Menschen. Joe Inya-he-yukan King – Nachfahre der »*Söhne der großen Bärin*« – gewinnt nach einem fast tödlichen Rückschlag neuen Einfluß und kann sich mit Kräften verbinden, deren Einsichten über das Schicksal des einzelnen Stammes hinausgehen...

• **Kurt Gempin: Lichter aus dem Dunkel. Eberswalder Geschichten und Gedichte**, Eigenverlag, Nr. 125 der limitierten und handsignierten 1. Auflage, Eberswalde 2000, 77 Seiten, leichte Gebrauchsspuren, 10 Euro.

Kurt Gempin (1930-2012) wurde in Eberswalde geboren. Als die Schulzeit 1945 für ihn endete, erreichte der Krieg auch seine Heimatstadt... Die Geschichten von Kurt Gempin sind meist keine biografischen Erinnerungen im herkömmlichen Sinne... Heimatgedichte über Orte, Sagen und Geschichten ergänzen die vorliegende Sammlung.

Anzeige

Unser Freundschaftsmitglied
Maria Benditz

geboren am 02.12.1929

gestorben am 28.09.2023

hat uns für immer verlassen.

Maria war ein langjähriges Mitglied
der Brandenburgischen
Freundschaftsgesellschaft
Eberswalde.

Der Familie Benditz übermitteln wir
unser tiefempfundenes Beileid.

Maria wird auch in Zukunft
in unseren Gedanken weiterleben.

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft
Ortsgruppe Eberswalde

Vorsitzender Ehrenvorsitzender
KARL DIEDRICH WALDERMAR HICKEL



Polnischer Kulturtag

Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim lädt erneut zu einer besonderen Veranstaltung ein. Bereits zum fünften Mal wird der Polnische Kulturtag ausgerichtet. Gemeinsam mit der polnischen Gemeinschaft im Barnim wird ein polnisches Fest gefeiert. Bei landestypischen Kulturbeiträgen und Speisen wollen wir den Tag im Geist der deutsch-polnischen Freundschaft begehen. Der Polnische Kulturtag findet am Freitag, den 20.10. um 18 Uhr im STADTMAUERTREFF, An der Stadtmauer 12, in Bernau statt.

PÉTER VIDA

Gehen und Bleiben

Am 20. Oktober läuft um 19.30 Uhr im Kommunalen Kino im Kulturhaus Heidekrug 2.0 in Joachimsthal der Dokumentarfilm GEHEN UND BLEIBEN. Der Eintritt kostet 6 Euro. Der Regisseur Volker Koepp kommt zur Vorstellung und zum anschließendem Gespräch mal wieder nach Joachimsthal.

Motive des Gehens und Bleibens und die Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte durchziehen das Werk von Uwe Johnson (1934-1984), mit dessen Texten Volker Koepp in die biografischen und literarischen Gegenenden des Schriftstellers reist.

RUTH BUTTERFIELD

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Standesamt im Rathaus

Eberswalde (prest-ew). Durch den andauernenden personellen Engpaß bleibt die Situation im Eberswalder Standesamt sehr angespannt. Daher wurden mehrere Kooperationen mit umliegenden Standesämtern geschlossen, die insbesondere die Beurkundung von Geburten und Sterbefällen durchführen.

Um die Aufgabenverteilung der kooperierenden Standesämter effektiver koordinieren zu können und zusätzliche Stabilitätsgarantien und Synergieeffekte für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, zieht das Standesamt Eberswalde ab dem 17. Oktober vorübergehend in die Räumlichkeiten des Eberswalder Rathauses und somit in den zentralen Hauptsitz der Stadtverwaltung um. Die städtische Infrastruktur des Bürgeramtes, welchem das Standesamt formell zugeordnet ist, kann dadurch effektiver genutzt und somit der Service für die Bevölkerung erleichtert werden.

Trauungen werden auf Wunsch selbstverständlich in »Deutschlands schönstem Standesamt« (Auszeichnung 2014) in der Märchenvilla abgehalten. Die telefonische Erreichbarkeit über die etablierten Anschlüsse 03334/64-152, -167, -168 sowie die eMail-Adresse standesamt@eberswalde.de bleiben bestehen.

Gleichzeitig wird um Geduld in der Bearbeitung der Anträge gebeten. Von Rückfragen zum aktuellen Bearbeitungsstand sollte möglichst abgesehen werden, um die Bearbeitungsdauer nicht unnötig zu verlängern.



Der FÖRDERKREIS HERZ-JESU-KIRCHE BERNAU e.V. lädt zu einem sehr speziellen Vortrag ein. Der Konflikt um Bergkarabach zwischen Armenien und Aserbaidschan hat viele politische, kulturelle und religiöse Hintergründe. Ganz aktuell hat alles eine neue Wendung genommen. Zehntausende Armenier sind auf der Flucht. Über diese Entwicklung und die Besonderheiten der Armenisch-Apostolischen Kirche wird informiert. So werden kirchengeschichtliche Fakten über die altorientalischen Kirchen dargestellt. Zudem gibt es authentische Eindrücke aus erster Hand von Péter Vida, der vor einigen Jahren Bergkarabach besucht hat.

Als besondere Ehre stellt sich für den Förderkreis die zugesagte Teilnahme des armenischen Botschafters, S. E. Viktor Yengibaryan, dar.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich künde.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 9 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ☐ per Lastschrift ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift _____

☐ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)



impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 11. Oktober 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 15. November 2023.